

anzuführen. Nach statistischen Ermittlungen betrug in der Großstadt in einer Arbeiterfamilie der Verbrauch pro Kopf im Monat an Brot vor dem Kriege rund 12000 Gramm; er war im April 1917 auf 8940 Gramm herabgedrückt. Für Butter und Fett von 1100 Gramm auf 595 Gramm gesenkt. Eine Organisation, die eine solche sämtliche Ernährungsbedürfnisse herbeiführte, mühte mit Angriffen von allen Seiten. Niemand schänkt sich freiwillig ein, der Zwang aber wird als Plage empfunden.

Meine Herren! Aus dieser Wirtschaftsepoche kommen wir. Wir kommen zu einem verlorenen Krieg, unser Volkserbe leidet schwer an der maßlosen Ueberanforderung der letzten Jahre, an körperlicher Enkäftung und an einem schweren geistigen Leber. Mit diesem Wirtschaftskörper lassen sich keine Eisenkarren machen. Jetzt die Entwicklung in ein neues System hineinzwängen, wäre verkehrt; wir müssen zum

natürlichen Aufbau

zurück. Schon die außenpolitische Lage verbietet die Aufstellung eines Planes auf lange Sicht. Immer noch nicht kennen wir die Entschädigungsansprüche unserer früheren Gegner an uns, immer noch ist der Osten Europas Kampfgebiet und in seiner wirtschaftlichen Zukunft völlig unüberschaubar. Da bleibt nichts anderes übrig, als die

jeweilige äußere und innere Situation klar zu erfassen und danach den Wirtschaftskörper einzurichten,

beruht ihn zu modifizieren, wenn neue Faktoren auftreten. Das Kennzeichen der gegenwärtigen Wirtschaftsepoche ist gerade diese Unfähigkeit und Unsicherheit. Um nur einige Momente anzudeuten, nenne ich voran die Valuta. So verheerend der Tiefstand der Mark auf unsere Einfuhrgeschäfte wirkt, das allerschlimmste sind die unaufrichtlichen Schwankungen des Geldwertes. Sie machen jede Kalkulation unmöglich und verwandeln die ganze Zirkulation von Geld und Ware in ein reines Spekulationsgeschäft. Die Aufnahme großer ausländischer Kredite gilt allgemein für ein wirksames Heilmittel unserer Zahlungsmittel. Ich habe mich auch zusammen mit dem Reichsfinanzminister mit aller Kraft für die Annahme solcher Kredite eingesetzt. So notwendig diese Operation zur Erhaltung unserer unmittelbaren notwendigen Kaufgeschäfte ist, ein Mittelmittel gegen die Valutakalamität ist sie nicht. Ich kann nur immer wiederholen, was ich allen ausländischen Vertretern unermüdlich sage: Das Währungsproblem ist ein internationales Problem, unter dem fast alle kriegsführenden Staaten, auch der größere Teil der Sieger, zu leiden haben.

Nur eine internationale Regelung, eine Neuausbalanzierung der Kurse durch eine internationale Anleihe bringt endgültige Heilung.

Oben dringend ist aber für uns, daß endlich das Loch im Westen verstopft wird und wir wieder eine normale Grenze erhalten. Leider haben die langwierigen Verhandlungen mit Frankreich immer noch nicht zum erwünschten Ergebnis geführt.

Wenig Bedeutung lege ich den manchmal gedähernten Befürchtungen bei, die deutschen Waren würden keine Absatzmärkte finden. Fragen Sie bei unseren großen Exportindustrien an. Sie sind überhäuft mit Aufträgen. Der Besuch bei der Leipziger Messe hat es mir deutlich vor Augen geführt, daß die

deutsche Qualitätsware nach wie vor begehrt

ist. Die Mengen, die wir für die nächste Zeit bereitstellen können, werden auch sicher unterkommen.

In der klaren Erkenntnis, daß nur eine schnelle Annäherung der Auslandsgeschäfte das Schwungrad unserer Wirtschaft wieder in Bewegung setzen wird, habe ich vom ersten Tage meiner Amtszeit an mich bemüht, alle Hemmnisse zu beseitigen, die im Interesse des Schutzes der heimischen Arbeit und des heimischen Verbrauches entbehrlich waren, um gerade dem Handel möglichst große Bewegungsfreiheit zu geben. Ich darf an die Aufhebung der Weisensordnung erinnern, an die Freigabe der Einfuhr für Textilrohstoffe und Kautschuk. In der allernächsten Zeit ist die

Freigabe der Einfuhr für weitere Rohstoffe

benötigt. Zur Ausfuhr sind freigegeben: Textilfertigfabrikate, soweit sie nicht Gegenstände des täglichen Bedarfs sind, Kautschukfertigfabrikate, gewisse Eisen- und Stahlerzeugnisse. Auf dem Gebiet der Ernährung ist Ihnen bekannt, daß bisher die Einfuhr von Reis, Hülsenfrüchten und Kakaobohnen freigegeben und die innere Bewirtschaftung aufgehoben ist. Die Stammprodukte der

Ernährung: Getreide, Kartoffeln, Fleisch und Fett, können frei eingeführt werden, müssen aber, solange ihre Bewirtschaftung aufrecht erhalten ist, den zuständigen Zentralstellen zugeführt werden. Es wird Sie interessieren, einige Zahlen zu hören, in welchen Grenzen sich unsere

Rohstoffeinfuhr

seit Abschluß des Waffenstillstandes bewegt. Verglichen mit der Einfuhr des letzten Friedensjahres ist unsere gegenwärtige Einfuhr, der Menge nach berechnet, immer noch sehr gering. Sie hatte im vergangenen Juli noch nicht 20 Proz. der Mengen des Juli 1913 erreicht. Prozentual am höchsten standen hierbei neben den Lebensmitteln Öle und Fette, Kautschuk, Papier, Ton- und Glaswaren sowie unedle Metalle. Ein ganz anderes Bild ergibt aber die Einfuhr auf den Wert berechnet. Während im April der Einfuhrwert noch nicht 25 Proz. gegenüber dem April 1913 betrug, hatte er sich im Juli gegenüber dem Juli 1913 mehr als verdoppelt.

Dieser Einfuhrhöhe stehen leider nicht die entsprechenden Ausfuhr gegenüber. Seit April haben wir eine

passive Zahlungsbilanz

schon nach den Zahlen der amtlichen Statistiken, geschweige denn, wenn wir die unkontrollierten Einfuhren in Rechnung stellen. Im Juli hat der Einfuhrwert fast das Vierfache des Ausfuhrwertes betragen, wovon ja unsere Zahlungsbewegung ein deutliches Zeichen gibt. Die Ausfuhrmenge betrug im Juli noch nicht den sechsten Teil der Mengen des Jahres 1913. Voran stehen Fertigerzeugnisse der chemischen, keramischen, graphischen Gewerbe, der Maschinenindustrie, sowie mineralische Rohstoffe. Solche Zahlen mahnen zu allergrößter Vorsicht. Sie zeigen, daß der Wirtschaftskörper noch unter so schweren Funktionsstörungen leidet, daß er nicht unkontrolliert sich selbst überlassen bleiben kann.

Die technische Durchführung der Aus- und Einfuhrregelung

für die nächste Zeit ist so gedacht, daß die Einfuhr grundsätzlich verboten bleibt. Für die freigegebenen Artikel wird eine detaillierte Freiliste ausgearbeitet werden. Umgekehrt soll die Ausfuhr grundsätzlich erlaubt sein. Für die verbotenen Waren wird eine Verbotliste aufgestellt. Ich hoffe in absehbarer Zeit eine kleine gedruckte Zusammenstellung nach den Warenbezeichnungen des Zolltarifs herausgeben zu können, an deren Hand sich der einzelne Kaufmann genau orientieren kann. In meinem Ministerium habe ich zur Beschleunigung der Geschäftsabwicklung die Außenhandelsfragen einem diktatorischen Ausschuss zur Entscheidung übertragen, der nach kaufmännischen Gesichtspunkten arbeitet. Im in allen wichtigen Fragen in enger Fühlung mit den beteiligten Kreisen selbst vorgehen zu können, habe ich für die Zwischenzeit, solange der verfassungsmäßige Reichswirtschaftsrat noch nicht besteht, einen Wirtschaftsrat aus den maßgebenden Organisationen von Industrie, Handel, Landwirtschaft und Verbrauchern berufen. Mit größtem Interesse verfolge ich daher auch die neuerlichen Versuche, eine einheitliche Arbeitsgemeinschaft des gesamten Handels zu bilden. Ich messe diesen Bestrebungen größten Wert bei, denn sie schaffen die dringend benötigten Vertretungsorgane, deren ich mich zur Beratung und Unterstützung bedienen möchte.

Im Binnenhandel bietet sich mit fortschreitendem Abbau der Bewirtschaftung

dem freien Handel von selbst in der nächsten Zeit ein immer größeres Betätigungsfeld.

Meine Herren! Das Drängen nach völliger Freigabe der privaten Wirtschaftsbetätigung ist heute stärker als je. Lassen Sie mich zum Schluß hierüber noch ein offenes Wort sagen. Ich weiß, daß der Handel eine produktive Tätigkeit ist, denn produktiv sein heißt Werte schaffen, und Werte schafft nicht nur der, der in der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion Kraft und Stoff verbindet und bearbeitet, sondern auch der, der das fertige Produkt an den Ort der größten Nachfrage bringt, wo es den größten Wert besitzt. Ich weiß auch, welche befähigende Kraft ungehemmte Bewegungsfreiheit des persönlichen Strebens und der ungeduldeten Betätigung entwickelt. Aber, meine Herren, ich muß noch einmal auf den Ausgangspunkt zurückkommen: Denken Sie daran, daß wir aus einer verarmten Wirtschaft kommen, von der jede weitere soziale Erschütterung ferngehalten werden muß. So würde die Walehung des Innenmarktes an die Preisfrage des Weltmarktes vollwertig und politisch von katastrophaler Wirkung sein. Wir haben mit vieler Mühe in der Kohlenproduktion

eine gewisse Stetigkeit erzielt. Auch aus manchen anderen Zweigen der Industrie ist mir bekannt, daß Arbeitswille und Arbeitslust allmählich wiederkehren. Dieses allmähliche

Erwachen des Produktionswillens

darf auf keinen Fall durch übereilte Experimente gestört werden. Sie können Ihre Tätigkeit im Warenumsatz und in der Warenverteilung nur ausbauen, meine Herren, wenn Waren erzeugt werden. Aber, meine Herren, wenn sich der Handel als Glied der gesamten deutschen Volkswirtschaft fühlt und bereit ist, in den schweren Uebergangsjahren, die uns noch bevorstehen, mitzutragen auch an den Opfern und sich diejenige Selbstbeschränkung aufzuerlegen, die notwendig ist, damit wir den sozialen Frieden im Lande wiederherstellen und bewahren, dann werden wir auf sicherem Boden den Aufbau vollziehen. Dann gehen wir zwar einer an harter Arbeit überreichen Zeit entgegen, aber einer Zeit des Neuaufbaus, in der der deutsche Handel eine seiner Bedeutung und seiner früheren Stellung entsprechende Position einnehmen wird.

Das Programm, das der Reichswirtschaftsminister vor den Hamburger Kaufleuten entwickelt hat, umfaßt natürlich nicht alle Fragen, die die deutsche Wirtschaft betreffen. Außerordentlich klar hat der Reichswirtschaftsminister seine Stellung zur Zwangswirtschaft dargelegt. Sie soll nur da aufrecht erhalten werden, wo das unumgänglich notwendig ist, und auch da nur so lange, als es sich im Interesse des Volksganges nicht vermeiden läßt. Wir sind beramt und können mit unserer Arbeit nicht noch Schindluder treiben, indem wir mit einer Bankrottspolitik liebäugeln. Das ist alles.

Der Reichswirtschaftsminister bekennt sich in seinen Ausführungen nicht zu einem Wirtschaftssystem, sondern zu einer praktischen Wirtschaftspolitik, die aus den unsicheren Entwicklungsbedingungen der heutigen Zeit entstanden ist und sich den Notwendigkeiten des Tages anpaßt. Man mag das über den größeren Gedanken einer straff organisierten Wirtschaft ablehnen. Es kommt aber heute nicht darauf an, Theorien in die Masse zu werfen, die im Widerstreit der Einzelinteressen verjagt, im Kampfe der Parteien umstritten und erst im Laufe der Jahre durchgeleitet werden können. Unsere heutige Wirtschaft bedarf einer starken Gegenwartspolitik, die alle positiven Kräfte zum Wiederaufbau einet.

Die Verbilligung der Lebensmittel.

In der Sitzung des Haushaltsausschusses der Preussischen Landesversammlung vom Mittwochabend machte Finanzminister Dr. Sadelum nähere Angaben über die Aktion zur Senkung der Lebensmittelpreise, für welche das Reich annähernd 2½ bis 3 Milliarden ausmachen werde. Wenn Speck zu den bisherigen billigen Preisen und wie bisher 125 Gramm gegeben werden soll, erfordert dies bis zum Ende des Jahres 1180 Millionen Mark, bei kondensierter Milch 61 Millionen. Wenn die bisherige Fleischration ausreicht erhalten werden soll, so sind für Zufuhren aus dem Auslande 800 Millionen erforderlich, außerdem für Kartoffeleinfuhr 25 Millionen.

Es ist zu hoffen, daß infolge dieser neuen Aktion die Ernährung der Bevölkerung für den Winter einigermaßen gesichert ist. Vorbereitung dazu ist aber u. a., daß die Margarinefabriken genügend mit Kohlen und Rohmaterialien beliefert werden. Sollte dies nicht der Fall sein, so würden neue große Beiträge für vermehrte Einfuhr von Rohstoffen für die Margarinefabrikation notwendig werden.

Die Abgabe von Auslandsmehl soll wie bisher zu billigen Preisen, aber in etwas geringerer Umfang erfolgen. Für das Mehl ist im Ausland 4000 R. pro Tonne zu zahlen. Der Brotpreis wird um ungefähr 10 Proz. erhöht werden, was einen Zuschuß von 288 Millionen bis zum Ende des Erntejahres erfordert.

Der Telegraphenblock in ganz Frankreich ist, wie uns aus Bern gemeldet wird, in dem vorkriegsmäßigen Umfang wieder hergestellt worden.

Aus den Berliner Kunstsalons.

Der Maler Carl Hofer, von dem Paul Cassirer eine Sonderausstellung zeigt, ist ein Schüler von Rodent und Thoma gewesen und hat dann je fünf Jahre in Rom und in Paris gearbeitet. Sollte man die Spuren dieser Reife- und Entwicklungszeit in seinen Werken aufsuchen, so würde man in denselben zu einem negativen Resultat gelangen. Das Schaffen Hofers, wie es uns hier vorliegt, zeigt keine klar nachweisbaren Einflüsse, aber es zeigt ebensowenig eine ganz deutliche und ganz selbständige, alles durchdringende künstlerische Note. An ein paar jabelhaft virtuos gemalten Akten („Stehende und Sitzende“) imponiert die Wucht der Formen und die gesammelte Kraft der Farbe. Die Bildnisse beinhalten das Bestreben, die Vision des innersten Wesens malerisch zu gestalten, wobei manche eindrucksvolle Wirkung zustande kommt, ohne daß es gelingt, bis zu den tiefen seelischen Analysen etwa eines Koloßala vorzudringen. In Bildern wie „Mädchen mit Blumenstrauß“ und „Mann, ins Zimmer tretend“, die zu den besten der Ausstellung gehören, ist das Gegenständliche nicht restlos in die innere Abstraktion eingeschmolzen, und der Wirklichkeit zwischen einer teils fächigen, teils plastischen Auffassung läßt keinen reinen Gesamteindruck auskommen. Wenn wir aber Werke wie „Schlafende“, „Der erwachende Gefangene“, „Hob“, „Rahnfahrt“ gegenüberstellen, so gewinnen wir doch den Eindruck einer Klarheit und wenigstens in begrenztem Gebiet eigenartigen Individualität. Wie auf der großen Fassung der „Schlafenden“ die scharfen, edigen Linien der Gruppe von der sanft geschwungenen Kontur des Hügel umrahmt werden und wie darüber sich aus dem liegenden, horizontal gelagerten Schindelfel ein sanftes, goldiges Licht ergießt: dieses allmähliche Lösen drängender, frampfhafter Traumstimmungen und ihr Hinübergleiten in das ruhige Leben der äußeren Natur, die an den Qualen der Menschenleben nicht teilnimmt — das ist fein und rechtlich empfunden und molekular eigenartig zum Ausdruck gebracht. — Interessant ist ein Vergleich der „Gefangenen“ in der ersten und zweiten Fassung. Beide zeigen eine Anzahl Gestalten, die, vom Gemäuer eines runden Turmes eng umschlossen, in mildem Trost eine Wille drohen. In der ersten, ausführlicheren und größeren Fassung tritt das Gegenständliche mit seinen zufälligen Details so hervor, daß durch die reinen Kunstmittel keine Stimmung zustande kommt. Die zweite Fassung gibt in kleinem Format dasselbe Motiv, aber hier verdrängt das eigentlich Gegenständliche und die reine Sprache der Farben und Linien wird deutlicher vornehmbar, der eindrucksvolle, rhythmische des gesamten Aufbaues erzeugt die ergreifende Stimmung der Monotonie, des Trost- und Hoffnungslosen. Diese Fassung ist zweifellos weniger „malersich“ und technisch weniger imponiert als die erste, aber in dem, worauf es ankommt, steht sie hoch über ihr: sie bringt direkt zu Herzen und erreicht ihr Ziel mit rein künstlerischen Mitteln. — Den tiefsten und härtesten Eindruck von der Eigenart Hofers gibt aber das Gemälde „Rahnfahrt“. Ein Raucher, der im Vollmondlicht über den Spiegel eines Gebirgssees streift. Ein idyllisches Motiv — aber wie hat Hofer es dezentriert! Alles Schaurige, Gekippen, Kengitende, das eine Raht auf nächtlichem Wasser in nervösen Naturen erwecken kann, ist hier zu mächtiger Wirkung zusammengefaßt. Die Nachtseiten des Lebens sind Hofers Domäne. Er ist der Maler des Alpdrucks,

der für wirre Angstzustände und stiere Verzweiflung ergreifende Töne zu finden weiß. Es ist ein kleines Gebiet, das er beherrscht, aber auf diesem ist er immerhin ein Meister.

Bei Nicolai (Viktoriastr. 20a) lernen wir in Walter Hippel einen jungen Autodidakt kennen, der sich müht, auf eigene Weise der Lösung des Bildnisproblems im modernen Sinne nahezukommen. Mit der Farbe weiß er nicht viel anzufangen, aber einige resolut hingeworfene Schwarzweiß-Vorwürfe zeugen von zweifellos harter Begabung und von dem ehrlichen Streben, über rein impressionistische Wirkungen zu tieferen Ausdrucksmöglichkeiten zu gelangen.

Die Ausstellung im Sturm (Vordamer Str. 184a) zeigt neben der üblichen „Gesamtschau“ — darunter erstklassige Werke von Albert Gleizes, Paul Klee, Fritz Stauder und Kurt Schwitters — ältere und neuere Arbeiten von Georg Müde und Hans Sittig. Müde hat sich als einer der ersten Vertreter der sogenannten absoluten Malerei einen Namen gemacht; er begründet seinen Ruf vornehmlich mit Werken, die in einer streng geometrischen Bienen- und Formen Sprache ihr charakteristisches Ausdrucksmittel hatten. Die Ausstellung zeigt daneben eine Reihe von Gemälden, bei denen diese Tendenz zurücktritt und ein feines Skizzen, ein sanftes Herfliches, Verdammnis und Ausflügen der Farben vorherrscht. Nach meinem Gefühl liegt diese Art ihm besser, und gegenüber der ergreifenden Vision Wilhelm Runge zum Gebirgsbildnis“ und der kleinen koloristischen Kostbarkeit „Gegenstein“ wirken jene anderen Arbeiten trocken und schmer und fast akademisch. — Aus hellen, fröhlich leuchtenden Farben baut Hans Sittig seine präziösen Bildnisse, denen er selbstamerweise düstere Namen, wie „Krankenstube“, „Karsfreitag“, „Nüchternheit“ gibt. Es sind gute Arbeiten von kultiviertem Geschmack, die als Wandmalerei die Sinne erfreuen mögen, aber tiefere seelische Regungen nicht wecken.

John Schilowsky.

Der 41. deutsche Kerztetag, der vom 27. bis 28. September in Eisenach tagte, brachte vieles, was über den Rahmen des Berufslichen weit hinausging, fand doch als erster Punkt die Sozialisierung des Heilwesens auf der Tagesordnung. So zeigte von einem nicht geringen Verständnis der Kerzerei diesem Problem gegenüber, wenn Magdons Thesen hierüber nicht ohne weiteres angenommen wurden. Dieser Referent legte nämlich Sozialisierung, Verstaatlichung und Verbeamtung gleich. Wenn nun der Kerztetag auch gegen eine derartige Verstaatlichung einstimmig Stellung nahm, so bedeutet es doch einen großen Fortschritt, daß bemängelt wurde, daß kein Verantwortlicher dieser Idee das Korreferat erhalten hätte. Und in der Diskussion wurde besonders von Berliner Kerzern energig bestritten, daß im Erzurum Programm eine solche Regelung gefordert werde. Wollen die Kerze nun im Krankenliefersdienst die organisierte freie Arztwahl restlos durchführen, so sind sie doch für beamtete Fürsorgekräfte zur Bekämpfung der Volkskrankheiten und Errichtung eines Gesundheitsamtes mit einem Arzt an der Spitze. Die sozialhygienische Ausbildung der Kerze wurde erfreulicherweise übereinstimmend verlangt. Hierüber referierte Prof. Krautwig, Köln, während Schwarz, Berlin, der Herausgeber der „Deutschen medizinischen Wochenchrift“, über die Reform des Redigationsstudiums sehr ausführlich sprach. Die hier schon früher erwähnte Idee einer Krankenwärterzeit der künftigen Kerze wurde von fast

allen Seiten als unerlässliche Forderung bezeichnet. Die gesamte Debatte hierüber wurde als Material einer zu bildenden Regierungskommission übergeben, zu der beamtete praktische Kerze und — wobei ein erfreulicher Fortschritt — Studierende zugezogen werden sollen.

Am 29. September tagten dann in vertraulicher Sitzung die Vertreter der wirtschaftlichen Abteilung des Kerzereivereins, der „Leipziger Verband“. Man begehrt aber keine Indiskretion, wenn man hervorhebt, daß hier, wie auch schon in der Sonntagssitzung, eine friedliche Stimmung den Krankenkassenverbänden gegenüber herrschte. Von allen Seiten wurde die Mitteilung, daß eine zentrale Verhandlung der Verbände schwebte, mit großer Hoffnung begrüßt und der Wunsch ausgesprochen, daß die Zeit der Kämpfe endgültig bei aller Wahrung der berechtigten Interessen vorüber sein möge.

Dr. E. L.

Aus der Republik der Wissenschaften. An der neuen lettischen Landesuniversität in Riga wirkt auch Prof. Karl Ballod, der bisher im preussischen statistischen Landesamt und an der Berliner Universität tätig war. Prof. Ballod, ein gebürtiger Walte, hat bekanntlich unter dem Pseudonym Atlanticus im Diebstahl Parteibertrag ein Vahlein über „Produktion und Konsumtion im Sozialstaat“ erscheinen lassen. Nach der Revolution wurde er Parteigänger der Unabhängigen. Er war Mitglied der Sozialisierungskommission.

Hundert Jahre Anästhetik. In Frankreich wurde dieser Tage der hundertste Geburtstag einer medizinischen Erfindung gefeiert. Es handelt sich um die Anästhetik, das heißt um die ärztliche Untersuchungs- und Behandlungsmethode, die mit Hilfe des menschlichen Ohres oder eines Hörrohrs, des sogenannten Steihoskops, die Geräusche im Innern des menschlichen Brustkastens und damit auch etwaige Erkrankungen herauszuhören sucht. Der Erfinder dieser Methode ist der im Jahre 1828 in der Bretagne verstorbene Arzt Sabanez, dessen grundlegendes Werk über die Anästhetik gerade vor hundert Jahren erschienen ist. Sabanez hat übrigens auch das Steihoskop erfunden. Die andere Untersuchungsmethode, die des Abdoppelns oder der Beckenöffnung, geht auf den Oesterreicher Auenbrugger zurück.

Die Klärung Dr. Karl Müde. Nach 16 monatlicher Internierung in Amerika ist Dr. Karl Müde wieder in Berlin eingetroffen. Er hat, vom Philharmonischen Orchester freudig begrüßt, bereits seine Tätigkeit auf der Probe aufgenommen.

Wagner-Gaule. Die Oper hat die Preise der Plätze für die Aufführung des „Waldes“ (für Kriegsgewinnler: kein Druckfehler für Waldes) mit Rücksicht auf den Anstieg erheblich erhöht. Die Fremdenloge kostet z. B. 100,50 R. (in der zweiten, im Abonnement statfindenden Vorstellung 60,50 R.). Der Sitzplatz bleibt auf 2,50 R. stehen.

Wahl. Der 1. Abend des Kammermusikfestes in der Singalademie am 6. Oktober bringt ausschließlich Werke von Brahms. — Die Neue Musikvereinigung (Dirigent Paul Nies) veranstaltet am 7. Oktober in der Hochschule einen Bach-Wagari-Abend.

Der Berliner Volks-Chor beginnt am 6. Oktober einen einjährigen Elementarkurs der Vokalreihe, des vom Singens und der Stimmbildung, an dem auch Rhythmische — Damen und Herren — gegen Zahlung eines monatlichen Beitrages von 2 R. in bequemer Anzahl teilnehmen können. Der Kursus findet jeden Montag von 8 bis 10 Uhr abends in der Aula der 5. Pflanzschulungsschule, Langestr. 31, statt.

Vorträge. Am 10. Oktober beginnt Dr. Adolph Behne im Frauenklub, Gendarmenstr. 19, eine Vortragsreihe „Einführung in die Kunst mit Bildnissen“ (8-10 Uhr abends).

Deutsche Nationalversammlung.

89. Sitzung, Donnerstag, 2. Oktober.

Am Regierungstische: Erzberger.

Die Valuta-Interpellation.

Die Aussprache über den Tiefstand der deutschen Valuta wird fortgesetzt.

Abg. Heim (Dohr. B.-B.): Auch die siegreichen Länder haben ohne Ausnahme einen Rückgang der Valuta zu verzeichnen. Wir werden wohl zu einer Doppelwährung greifen müssen: Die Papiermark mit Zwangskurs im Innern und die Goldmark für den Weltverkehr.

Abg. Wurm (U. Soz.): Zuerst muß man Lebensmittel einführen, dann erst Rohstoffe. Die Valuta kann nur gebessert werden, wenn das Volkssvermögen gehoben wird, aber nicht das Vermögen einer kleinen Schicht.

Sozialisierung geht nicht von heute auf morgen, die Früchte können nicht über Nacht reifen. Doch es geht von heute auf morgen mit dem Beginn der Sozialisierung einzusehen.

Reichsfinanzminister Erzberger:

Wenn der Abg. Wurm den Zusammentritt einer Konferenz von Sachverständigen verlangt hat, die die Gründe unseres schlechten Valutastandes erklären soll, so kann ich ihm mitteilen, daß diese Konferenz bereits zusammengetreten ist und heute schon getagt hat.

Die Rechte der Arbeiter

aditet. Darin bin ich durchaus mit ihm einverstanden. Herr Wurm und seine Freunde sollen uns dabei nicht in den Arm fallen. Wir achten diese Rechte aber gegenüber jedermann. In dieser Beziehung befindet sich die Regierung also in voller Übereinstimmung mit dem Abg. Wurm.

dem Arbeiter ausreichende Nahrung zu angemessenen Preisen

zur Verfügung stellen. Der Abg. Wurm hat kein Recht zu sagen, daß wir hier nur Worte machen, denen keine Taten folgen. Die Regierung hat für den Zeitraum von einem halben Jahr 8 1/2 Milliarden zur Verbilligung der Lebensmittel ausgesetzt.

Eine Valutaanleihe kann uns nicht dauernd helfen. Das Deutsche Reich ist nicht zu klein, um 60 Millionen auch für die Zukunft zu erwählen, wenn nur alle Leute ihre Pflicht tun.

Abg. Dr. Richter (D. Sp.): Die Sozialisierung ist kein Mittel, die Produktion zu heben und zu verbilligen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung der Verordnung über

die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien.

Danach können die von den Landeszentralbehörden bestimmten Behörden auf Antrag eine Verschiebung der Lage der achtstündigen Betriebsruhe um höchstens eine Stunde genehmigen.

Erleuchtung.

Roman von Henri Barbusse.

Verdeutschelt von Max Dohdorf.

Brissille hat gesprochen. Er sinkt auf einen Stein zurück. Mit der Hand, deren Haut wie die Haut einer Kuh von roten Haaren bedeckt ist, wischt er über sein unseliges Gesicht.

Und Brissille bricht in Tränen aus.

Da kommt Vater Piot heran — im Silbertrange seiner Greisenhaare und mit seinem wütenden Lächeln und mit dem ständigen unbestimmten Geflammel, das seinen Lippen entgleitet.

Ich muß auffahren bei diesem ungeheuer sanften Worte. Dieser Satz des Priesters bringt den Schmied noch einmal zum äußersten auf. Es schleudert ihn empor. Er hält die Faust, die vom Rauche gelähmt ist.

Der Schmied kann ich mich nicht enthalten, Marien mit einigem Mut zu sagen, daß Brissille nicht in allem, was er sagt, Unrecht habe.

Aber ich möchte, daß Marie meine Worte verstünde. Ich erkläre ihr, daß dieser Schmied gewiß ein Truntenbold und eine Bestie ist. Doch er hat recht mit dem, was er denkt. Er

Gewalt. Das Gesetz ist gut und gerecht, wenn es Gleichheit und Einheit über das Reich schafft.

Abg. Dertmann (Dem.): Der Entwurf bedeutet zweifellos eine Durchbrechung der gesetzlichen Sonntagsruhe.

Hierauf sprechen die Abg. Diener (Dnat. Sp.) und Dr. Marzetti (D. Sp.), der der Vorlage grundsätzlich zustimmt.

Abg. Bod (U. Soz.): Man will die Sonntagsruhe wieder beiseitigen, dagegen erheben wir Einspruch.

Nach einer Nichtigstellung durch den Reichsarbeitsminister Schilde wird die Vorlage einem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Arbeitsentgelt und Militärverorgungsgebühren.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzentwurfs, wonach Militärverorgungsgebühren auf das Arbeitsentgelt nicht angerechnet werden dürfen.

Reichsarbeitsminister Schilde:

Die Vorlage führt eine einheitliche Regelung herbei. Das große Militärverorgungsgesetz soll noch im Winter der Nationalversammlung vorgelegt werden.

Abg. Hoff (Soz.): Leider gibt es noch viele Unternehmer, die schamlos genug sind, das Recht der Kriegsbeschädigten auf den Arbeitsverdienst zu umgehen.

oder gar seine Familie erhalten. Zur Lohnrückerei darf die Arbeit der Kriegsbeschädigten nicht benutzt werden.

Abg. Gilling (Z.) stimmt dem Gesetz zu.

Reichsarbeitsminister Schilde: Die meisten Beschwerden werden sich durch das Gesetz über die Zwangseinstellung erledigen, das nächstens der Nationalversammlung zugehen wird.

Abg. Siehr (Dem.) begrüßt die Vorlage und die Ankündigung des großen Militärverorgungsgesetzes.

Freitag, 1 Uhr, Interpellation Heinge (D. Sp.) über die Zahlung der Einfuhrzölle in Gold, Weiterberatung, demokratische Interpellation über den Kleinwohnungsbau.

Schluß der Sitzung: 6 1/2 Uhr.

Preussische Landesversammlung.

58. Sitzung, Donnerstag, den 2. Oktober 1919.

Am Regierungstisch: Hirsch, Südekum.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten. Die Beratung des Etats des Finanzministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.): Wir begrüßen den Uebergang der Finanzhoheit von Preußen auf das Reich, denn wir wünschen, daß die Gliedstaaten reine Verwaltungskörper ohne Souveränität werden.

Abg. Dr. Richter (D. Sp.): Die Sozialisierung ist kein Mittel, die Produktion zu heben und zu verbilligen.

Den Minister des Innern Heine brauche ich gegen die maßlosen Angriffe des Herrn Dr. Rosenfeld nicht in Schutz zu nehmen.

Den Minister des Innern Heine in den sechs Monaten seiner Amtstätigkeit sicherlich mehr für die Durchführung der Demokratie getan hat, als Herr Rosenfeld und seine Freunde.

Den Fall Vogtherr sollte Herr Dr. Rosenfeld in Vogtherr's eigenem Interesse nicht immer wieder

Ministerpräsident Hirsch: Den Minister des Innern Heine brauche ich gegen die maßlosen Angriffe des Herrn Dr. Rosenfeld nicht in Schutz zu nehmen.

Ich habe nach diesem schwächlichen Satze, den sie mir schenkt. Zum ersten Male geschieht es, daß sie mir nähergebrachte wird durch eine derartige Zustimmung.

Erst habe ich geglaubt, daß Sie ein wenig matt im Verstande geworden sind. Aber nein, nein, das ist es nicht! Sie sind nur zu verbittert!

Erst habe ich geglaubt, daß Sie ein wenig matt im Verstande geworden sind. Aber nein, nein, das ist es nicht! Sie sind nur zu verbittert!

Erst habe ich geglaubt, daß Sie ein wenig matt im Verstande geworden sind. Aber nein, nein, das ist es nicht! Sie sind nur zu verbittert!

Erst habe ich geglaubt, daß Sie ein wenig matt im Verstande geworden sind. Aber nein, nein, das ist es nicht! Sie sind nur zu verbittert!

Erst habe ich geglaubt, daß Sie ein wenig matt im Verstande geworden sind. Aber nein, nein, das ist es nicht! Sie sind nur zu verbittert!

Erst habe ich geglaubt, daß Sie ein wenig matt im Verstande geworden sind. Aber nein, nein, das ist es nicht! Sie sind nur zu verbittert!

Erst habe ich geglaubt, daß Sie ein wenig matt im Verstande geworden sind. Aber nein, nein, das ist es nicht! Sie sind nur zu verbittert!

Erst habe ich geglaubt, daß Sie ein wenig matt im Verstande geworden sind. Aber nein, nein, das ist es nicht! Sie sind nur zu verbittert!

Erst habe ich geglaubt, daß Sie ein wenig matt im Verstande geworden sind. Aber nein, nein, das ist es nicht! Sie sind nur zu verbittert!

Erst habe ich geglaubt, daß Sie ein wenig matt im Verstande geworden sind. Aber nein, nein, das ist es nicht! Sie sind nur zu verbittert!

Erst habe ich geglaubt, daß Sie ein wenig matt im Verstande geworden sind. Aber nein, nein, das ist es nicht! Sie sind nur zu verbittert!

Erst habe ich geglaubt, daß Sie ein wenig matt im Verstande geworden sind. Aber nein, nein, das ist es nicht! Sie sind nur zu verbittert!

anrühren. (Rufe der Unabhängigen: Warum denn nicht! Doch! Doch!) Ich stelle nur fest, daß der Minister Heine niemals in einem großen Berliner Wahlkreis als Kandidat aufgestellt worden wäre, wenn nicht Herr Vogtherr hätte auf kein Mandat verzichtet müssen.

Ueber die von Herrn Dr. Rosenfeld hier geforderte Auflösung der Nationalversammlung

brauche ich kein Wort zu verlieren. Die von ihm ebenfalls geforderte Auflösung der Preussischen Landesversammlung kommt vor der Erledigung der ihr gestellten Aufgaben nicht in Frage, um so weniger, als ja noch nicht einmal die Verfassung verabschiedet worden ist.

Das Recht des Volkes auf Wahlen zu verhindern. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Die verfassungsgemäße Preussische Landesversammlung repräsentiert unbestreitbar den Willen des Volkes, und die Erfüllung ihrer Aufgaben bedeutet keinen Mißbrauch der Rechte des Volkes.

Die Vorläufer der Nationalversammlung sind in einer Weimarer Besprechung von Vertretern aller Parteien aus Thüringen, unter anderem auch von Freunden des Herrn Dr. Rosenfeld einmütig abgelehnt.

Entwicklung zum deutschen Einheitsstaat. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

ein spartanisches Birkular, in dem auf den Fall Bezug genommen wird und den Kommunisten geraten wird, Grenzüberreitungen mit vertrauten Genossen abzuhalten.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

festhalten. (Beifall des Herrn Dr. Rosenfeld im ganzen Hause.) Keine Mitteilungen im Haushaltsausschuss über die spartanischen Bestrebungen habe ich Wort für Wort aufrecht, auch wenn mich die „Freiheit“ deswegen beschimpft.

(Fortf. folgt.)

Leuerungszulage erhalten. Ebenso die im Museum besitzenden Beamten, Lehrer und Gelehrten, ferner die auf die Kommunalverwaltungen usw. auf Zahlung einer einmaligen Leuerungszulage an die ihnen unterstellten Beamten und Angestellten hingewirkt wird. Die Staatsregierung soll ferner erwägen, ob die Pensionisten, denen die in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Bediensteten angehören, eine Aufbesserung der Zuschüsse erhalten können, und ob bei Nichterfüllung der Gleichstellung der im Ruhestand lebenden Beamten, Lehrer und Gelehrten wenigstens eine einmalige Leuerungszulage gewährt werden kann.

Hg. Schmedding (Z.) berichtet über die Kusskussverfahren.

Finanzminister Dr. Südekum:

Die Staatsregierung ist davon durchdrungen, daß alles, was in ihren Kräften steht, zur Erhaltung einer leistungsfähigen Beamten- und staatlichen Arbeiterschaft getan werden muß. Alle Anträge jedoch, die über das im Ausschuss beschlossene hinausgehen, bitte ich abzulehnen, weil sonst das ganze Werk gefährdet werden könnte. Neben der hierdurch herbeigeführten großartigen Hilfe kreuzt einher die

gewaltige Aktion zur Verbilligung der Lebensmittel

durch das Reich, die noch viel wirksamer werden wird als die in der Zeit vom Juli bis Oktober inaugurierte. Wenn das Reich sich entschließt, für Mitte Januar mehr als drei Milliarden Mark aufzubringen für Verbilligung von Lebensmitteln, so beträgt Preussens Anteil daran mindestens drei Hundert. Dabei ist zu beachten, daß es immer dieselben Personen sind, die die Mittel aufbringen müssen. Ueber eine gewisse Grenze kann die Belastung nicht hinausgetrieben werden. Vielleicht zum letzten Mal haben wir die Möglichkeit, eine so große Aktion auf Anleihe zu unternehmen. Denn nach dem Übergang der Staatsverwaltung auf das Reich werden wir demnächst mit dem Reich Auseinandersetzungen führen müssen über die Staatsschulden und da dürfen wir hoffen, daß die preussischen Staatsschulden bei Übergabe der Eisenbahnen abgeführt werden. Die Aufgabe der Steuerhoheit ist ein großes Opfer, aus dem für die kommende Politik der preussischen Landesversammlung ernste Konsequenzen sich ergeben (Sehr richtig!), um so mehr, als die längst geplante, aber zurzeit nicht durchführbare

Reform der Beamtengehälter

in Angriff genommen werden muß. Das kann nur im Einklang mit dem Reich, mit den Ländern geschehen. Jedenfalls müssen wir mit der Wirtschaft, in die wir gekommen sind, aufkommen. Die Annahme des neu eingebrachten Antrages auf Erhöhung der Besoldungszulage für Lohnempfänger auf 800 M. würde die Regierung veranlassen, die ganze Vorlage zurückzugeben. (Oho! Oho!) Auf den Vorschlag, die erhöhten Beträge unter Vorbehalt auszugeben, kann sich die Regierung nicht einlassen. Das gleiche gilt von dem Antrag auf Erhöhung der einmaligen Leuerungszulage an Geistliche. Ich bitte also, nicht durch eine Annahme dieser neuen Anträge eine Verzögerung der Auszahlung, auf die man so sehnsüchtig wartet, einzutreten zu lassen. Man will draussen endlich Leben sehen; an mir soll es nicht fehlen. Nehmen Sie also die Vorlage unverändert an! (Beifall.)

Hg. Schmiljan (Dem.): Wir stimmen der Vorlage zu, weil die Not so groß ist. Wirklich helfen kann aber nur eine durchgreifende Besoldungsreform. Die kommende Besoldungsreform muß den Wünschen der Beamten entsprechend ausgefallen werden. (Beifall bei den Demokraten.)

Hg. Schubert (Soz.):

Wir stimmen der Vorlage unverändert zu. Die Notwendigkeit der Leuerungszulagen ist eine Folge der

fallenden Lohnpolitik der früheren Regierung.

Die Beamten wollen nicht Titel und Orden, sondern ausreichende Entlohnung. (Sehr richtig!) Es ist richtiger, die Lebensmittelpreise zu senken als Beihilfen zu zahlen, denn die erste Maßnahme kommt der ganzen Bevölkerung zugute. Daß die Arbeiter sich besser stellen als die Beamten ist nicht wahr. Bei der kommenden Regelung der Gehälter dürfen sich die Bezüge der Unterbeamten und der Oberbeamten nicht mehr in so schreiendem Gegensatz befinden. Wer seine Arbeit verrichtet, ob Beamter oder Arbeiter, muß so bezahlt werden, daß er davon leben kann. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Gietwald (Z.): Da die Regierung das Werk scheitern lassen will, wenn wir über die Regierungsvorlage hinausgehen, muß die Vorlage in der vorliegenden Form rasch verabschiedet werden. Die neue Besoldungsordnung wünschen wir recht bald.

Hg. Dalse (Dnall.): Wir hoffen, daß die Auszahlung diesmal möglichst rasch erfolgt. Wir brauchen eine organische, den Verhältnissen angepaßte Besoldungsreform.

Hg. Meyer-Herold (D. V.): Die Parteien sollten zusammenarbeiten für die Beamten und sich nicht gegenseitig Konkurrenz machen. (Beifall rechts.) Die Auszahlung der einmaligen Zulage muß rasch geschehen und möglichst gleichzeitig. (Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Hg. Klotz (L. Soz.): Was in die neueste Zeit hinein ist verlangt worden, daß den Beamten das Streikrecht entzogen werden soll.

Hg. Wulffhange (Deutsch-Hannoversche Partei): An den Beamten muß manches Unrecht wieder gutgemacht werden. Dem ist nicht die Besprechung. Die Denkschrift wird durch Kenntnisnahme erledigt und die Vorlage angenommen. Das Haus vertagt sich auf Freitag 12 Uhr. Schluß: 6 Uhr.

Groß-Berlin

Die gestrigen Zusammenstöße.

Die von unverantwortlichen Stellen verbreitete unwahre Nachricht, das Verbot der gestrigen Versammlungen sei aufgehoben, hatte zur Folge, daß Streifende und andere in Massen zu den Versammlungsorten strömten. Ueber das Schicksal der einzelnen Versammlungen haben wir bereits kurz berichtet.

Mittwoch, spät abends, war durch den Fernsprecher auch versucht worden, die falsche Nachricht, die so viel Unheil angerichtet hat, in den „Vorwärts“ zu bringen. Unsere Anfragen beim Reichswehrministerium und beim Polizeipräsidenten ergaben alsbald, daß mit diesen allein für die Sache maßgebenden Stellen kein Mensch über eine Genehmigung der nicht angemeldeten Versammlungen verhandelt hatte. Dieser Weg hätte auch der „Freiheit“ offen gestanden, die aber solcher Gewissenhaftigkeit die glatte Veröffentlichung einer folgenwürdigen Irreführung vorgezogen hat.

Am Vormittag fanden verschiedene Umzüge statt, so in Charlottenburg vom Volkshaus aus, im Tiergarten, dann vom Rathaus in Köpenick aus. Besonders zahlreich waren die Umzüge im Norden und Osten der Stadt.

Der Zusammenstoß in der Müllerstraße

Hat leider ein Menschenleben gefordert, während neun Personen verwundet wurden. Wie eine Lokalkorrespondenz meldet, treffe

die Schuld

an dem bedauerlichen Vorfall die Erzedenten, die bei dem Transport des bei in den Thorus-Gässen verhafteten

Personen nach der Postzeit eine sehr drohende Situation gegen die Polizeitruppe einnahmen. Danach hatten die Sicherheitspolizei die Verhafteten in die Mitte genommen und führten sie ab. Der Truppe marschierte auf den Seiten der Straßenbahn, gefolgt von einem Straßenbahnwagen. Demonstranten sprangen auf die Bordplattform und riefen dem Führer zu:

„Fahr die Hunde doch über den Haufen!“

Junge Burchen auf dem Bürgersteig schleuderten Steine gegen das Wachtkommando. Frauen hätten auf die Mannschaften eingeschlagen. Der Sturm gegen das Polizeikommando wurde von einem Mann herauf, der in der Menge verschwand, als die Soldaten die Karabiner schußfertig machten. Es wurde dreimal die Aufforderung wiederholt, die Straße frei zu machen. Dann erst und nachdem sie tatsächlich angegriffen worden waren, machten die Polizeisoldaten von ihrer Waffe Gebrauch. Einige Demonstranten hatten versucht, sie zu entwaffnen. Die Hauptstreife flüchtete. Die hinzugerufene Feuerwehrruchte die Verwundeten in das Paul-Gerhard-Stift, wo ein Arbeiter, der einen Steckschuß in der Wade hatte, in Pflege genommen wurde. Drei Personen, die leicht verletzt waren, wurden nach Anlegung von Rotbändern wieder entlassen. In der Rettungstille in der Lindower Straße wurde eine Frau verbunden, die einen Streifschuß am Kopf davongetragen hatte. Im Rudolf-Birchow-Krankenhaus befinden sich fünf Verletzte, von denen ein Mann schwerer, aber nicht lebensgefährlich verwundet ist. Zwei andere Männer haben leichtere Schussverletzungen. Auch zwei Frauen befinden sich unter den Verwundeten, sie haben aber nur ganz leichte Streifschüsse davongetragen.

Der Tote wurde als der Metallarbeiter Hermann Marx, Schulstraße 44, festgestellt. Die Schwerverletzten heißen: Fritz Janke, Müllerstraße 81, Gehla, Logothstraße 74, Brummund, Lehmannstraße 7, Prebow, Schwedter Straße 29, Fritz Benz, Müllerstraße 35, Fritz Marten, Charlottenburg, Siedingstraße 55, Frau Margarete Hedke, Oudenerder Straße 6, Frau Marie Küffer, Hallenhagener Straße 14.

Es sollen 17 Funktionäre des Metallarbeiterverbandes in den Versammlungen verhaftet worden sein. Wenn das richtig ist, so sind sie jedenfalls nicht als Gewerkschaftsfunktionäre, sondern als Teilnehmer an verbotenen Versammlungen festgenommen worden. Dem unabhängigen Parteisekretär Brühl, Mitglied der Rationalisierungsversammlung, ist es ebenso ergangen. Wir erwarten, daß alle Verhafteten, gegen die weiter nichts vorliegt, sofort nach Feststellung ihrer Persönlichkeit freigelassen werden. Man überlege sich übrigens mal, wie ganz anders die russische Räteherrschaft gegen alle oppositionellen Kundgebungen vorgeht!

Ein bedauerlicher Mißgriff.

Im Reichsberger Hof lagte gestern Abend eine Betriebsversammlung, die den Bericht ihrer Lohnkommission entgegennahm. Bald erschienen 70 Mann Militär und da die (gar nicht erforderliche) Versammlungsgenehmigung nicht vorgewiesen werden konnte, wurde die Versammlung aufgelöst.

Man sollte die unteren Organe doch eindringlich befehlen, um solche Vorkommnisse zu verhindern.

Ein Heftungsblatt.

WZV meldet: In den Ansammlungen, die sich nach der Auflösung der vom Metallarbeiterverband einberufenen Versammlungen auf den Straßen Berlins gebildet hatten, wurde vielfach das Blatt „Der revolutionäre Arbeiter“ vertreiben, das vom „Kommunistischen Komitee zur Förderung der Diktatur des Proletariats“ herausgegeben wird. Das Blatt trägt an seiner Spitze einen Aufruf mit der Überschrift:

„Auf die Barrikaden!“

in dem es heißt: „Wann endlich werdet Ihr begreifen, daß Euch solche wirtschaftlichen Streiks nie zum Ziele führen können? Seht die Fäden von Mailand, denkt an die kleinen Mächte, die unter Euch! Schlagt sie zusammen, daß die Fäden klagen! Reist herunter die

Wand vom „wirtschaftlichen Streik“.

Wisset, daß alles Politik ist, und daß nur der politische Klassenkrieg Euch retten kann.

Streikt! Reist ein! Sabotiert! Nichts mehr habt Ihr zu verlieren, aber alles zu gewinnen. Auf die Barrikaden!“

Wenn es sich dabei nicht um ein Produkt von Irrsinnigen oder Verbrechern handeln sollte, dann können die Berliner Arbeiter an diesem Machwerk erkennen, wozu sie mißbraucht werden sollen.

Protest des Metallarbeiterverbandes.

Gegen das Verbot der Versammlungen haben die Fünfzweck-Kommission und die Berliner Gewerkschaftskommission entschieden Protest eingelegt. Den Verhafteten ist von der Fünfzweck-Kommission ein Rechtsanwalt gestellt worden. Es werden alle Schritte zur Freilassung der Verhafteten eingeleitet.

Der Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes hat an den Polizeipräsidenten und an den Ministerpräsidenten folgendes Telegramm geschickt: „Versammlungen unserer Berliner Mitglieder Metallformer, Rohrleger, zur Beratung wirtschaftlicher Angelegenheiten sind von dortiger Behörde aufgelöst und Versammlungsleiter verhaftet worden. Wir erheben hiergegen entschieden Einspruch und verlangen dringend Rückgängigmachung der behördlichen Maßnahmen, ferner Freigabe der für heute angelegten Gewerkschaftsversammlungen.“

Heute findet die juristische Sprechstunde von 3—5 Uhr statt.

Keine Lokalbeleuchtung nach der Sperrstunde.

Die Kohlenstelle Groß-Berlin teilt mit, daß ab 2. Oktober für Gastwirtschaften und gastwirtschaftliche Betriebe jeder Art (auch Hotelrestaurants, Cafés und dergleichen) sowie für Kongresssäle, Zirkusunternehmungen und für Vergnügungsgelassen anderer Art, soweit deren Gewerbebetrieb eine besondere Genehmigung nach den §§ 33a—o der Reichsgewerbeordnung erfordert, nach Eintritt der Sperrstunde die Entnahme von Gas und Elektrizität zu Beleuchtungszwecken völlig zu unterbleiben hat. Die Ueberwachungsbeamten der Kohlenstelle Groß-Berlin haben die Kontrolltätigkeit mit Unterstützung der zuständigen Polizeibehörde in weitestem Umfange aufgenommen. — Die Beamten müssen sich unaufgefordert durch Vorzeigung des Ausweises von der Kohlenstelle Groß-Berlin legitimieren.

Diese Verordnung ist eine Selbstverständlichkeit. Bezeichnend genug, daß sie mit Wirtschaftsbesitz nach der Sperrstunde rechnet. Die Sperrstunde hat nicht nur Beleuchtung, sondern Geschäftsbetrieb zu bedeuten. Die Vergnügungslöcher könnten, wenn schon nicht ganz, so doch früher geschlossen werden. Im übrigen achte man auch darauf, daß die Verordnung nicht nach Wiener Muster durch Karbidgasbeleuchtung umgangen wird, denn zur Herstellung von Karbid wird auch Kohle verbraucht, sogar ganz erheblich.

Hilfe in Gas- und Kohlennot will eine Ausstellung bieten, die vom Charlottenburger Hausbauverein veranstaltet ist und gestern im Jugendheim in Charlottenburg, Goethestraße 22, eröffnet wurde. Das sie zeigt, zeigt sich meist auf Erfahrungen, die von den Hausbauern selber gemacht worden sind. Die Koh-

stellung enthält nicht nur Heizapparate, die Kohle und Gas sparen, wie z. B. Ziergasbrenner, transportable Kochöfen u. a. m., man sieht dort auch viele selbstgefertigte Vorrichtungen, die den Zweck haben, die mit möglichst wenig Heizmaterial erzeugte Wärme möglichst lange zusammenzubehalten. Das Prinzip der immer noch nicht hinreichend gewöhnlichen Kochöfen ist auf die verschiedenste Art variiert worden bis zu dem ganz einfachen Verfabren, die fertig gelöschte Speise in ihrem heißen Topf lediglich mit mehreren Lagen Zeitungspapier zu umhüllen. Auch wer selber auf diesem Gebiet schon allerlei probiert hat, kann aus der Ausstellung vielleicht noch manche Anregung schöpfen und manchen Ratsechlag mitnehmen. Sie ist geöffnet am 3., 4. und 5. Oktober von 10 bis 1 Uhr und von 8 bis 6 Uhr. Der Eintritt kostet 30 Pf.

133 810 Fremde besuchten im September die Reichshauptstadt. Kennzeichnend ist die Zunahme der Besucher aus dem ehemals feindlichen Ausland. Nach dem Bericht der Zentralfelle für den Fremdenverkehr Groß-Berlins kamen aus Rußland, einschließlich der Randstaaten, 1745, aus Polen 1303, aus Frankreich 203, aus England 187, aus Italien 124, aus Belgien 105, aus den Vereinigten Staaten 204, aus Portugal 16 Fremde. Von den ehemals verbündeten Ländern trafen aus Oesterreich 1402, aus Ungarn 234, aus der Türkei 65 Fremde ein. Die Balkanstaaten sind mit 154 vertreten. An der Spitze der neutralen Staaten erscheint Schweden mit 1022, Dänemark mit 224, Holland mit 753, die Schweiz mit 557, Spanien mit 64. Zum ersten Male erschienen wieder mit verhältnismäßig bemerkenswerten Ziffern Japan, Australien, Ägypten, Persien, Argentinien, Brasilien, Chile, Peru, Java auf den Fremdenlisten.

Ein großer Bekleidungsdiebstahl wurde in der vergangenen Nacht in der Jerusalemstraße 26/27 verübt. Einbrecher drangen durch das Oberlichtfenster der Tür in die Geschäftsräume des Bekleidungshauses von Raumann und stahlen für ungefähr 100 000 Mark Bekleidungsgegenstände aller Art. Auf die Wiederherbeschaffung sind 10 Proz. Belohnung ausgesetzt.

Beim Bäumerfällen erschlagen wurde gestern nachmittags in der Jungfernheide die Frau Amanda Berner, geb. Wehner aus der Kalkenauer Straße 48. Mit schweren Verletzungen wurde sie nach dem Virotho-Krankenhaus gebracht, wo sie bald ihren Verletzungen erlag.

Die neuen Postgebühren bei Rohrpostbriefen und Karten betragen bei Briefen nicht 50, sondern 60 Pf., bei Karten nicht 40, sondern 50 Pf.

Neues Postbuch 1919/20. Die neuen Post- und Telegrammgebühren mit vollständig ausgearbeiteten Tarifen für gewöhnliche Posten, Wertpakete, Telegramme nebst Angaben über die Beförderungsbedingungen für das In- und Ausland, den Postschlüssel und einen alphabetischen Verzeichnis der besetzten Orte in Deutschland sind für 250 M. erhältlich. Industrieverlag Spang u. Ende, Berlin O 2.

Schulreformtagung. Am Sonnabend, früh 8½ Uhr pünktlich, beginnt im Plenarsaal des Herrenhauses die Tagung der entscheidenden Schulreformer unter den akademisch gebildeten Lehrern und Lehrkräften. Vormittags sprechen nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden Professor Veitrich: Umhellen über den „Neuen Geist in der Schule“; Deitrich über „Vergütung und Aufbau der Einheitschule“; Wagner über „Gemeinschaftslehre“; Koch über „Familien- und Staatsverteilung“; für die Diskussion sind zahlreiche Redner aller Richtungen angemeldet. — Am Nachmittag um 2 Uhr wird „Lehrerbildung und Lehrerbildung“ behandelt durch Stadtrat Dr. Fuchsenau (Lehrerstand und Lehrerbildung), Unterstaatssekretär Dr. Borge (Pädagogische Professoren, Hochschulen und Fachschulen) und Dr. Karl Karsten (Verfassung der Lehrerschaft). Wieder folgt eine gemeinsame Diskussion. Abends 7½ Uhr sprechen in einer Volksversammlung in der Aula des Wilhelm-Gymnasiums, Bellecour 15, Stadtschulrat Dr. Fuchsenau über „Sozialpädagogik“, die Abgeordnete Dr. Hubward Wegscheider, Wegscheider über „Gemeinschaftslehre und gemeinschaftlichen Unterricht von Knaben und Mädchen“, Dr. Kasper über „Schule und Friedensordnung“. Eine freie Aussprache folgt. — Tageskarten zu 1 M. sind auf telephonischen Ruf (Säding 3411) zu erhalten durch Dr. Karsten, Tempelhof, Berliner Str. 56, und an der Tageskasse im Herrenhaus.

Achtung! Arbeiterräte der Kriegsorganisationen. Dienstag, vorm. 9 Uhr, Sitzung Volkshaus Str. 22. Tagesordnung: 1. Finanzierung der Arbeiterräte. 2. Aufbau der Kriegsorganisationen. 3. Beschlüsse. 4. U. S. W.

Angestellte der Groß-Berliner Zeitungsbetriebe. Heute Abend 7½ Uhr Versammlung aller Angestellten in der Schulisch-Drucker, Galenbeide.

Unentgeltliche Verteilung von Gummilängern. Englische physisch-therapeutische Kreise haben für deutsche Schullinge eine beträchtliche Menge Gummilängern unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Räter, welche ein Kind noch nicht neun Monaten haben, können unter Vorlegung des Geburtscheines des betreffenden Kindes bei 12 M. unständigen Postgeldes einen Bezugchein auf einen Gummilängern erhalten. Die Gummilängern sind gegen Rückgabe des Bezugcheines und Contingentleistung in der auf dem Bezugchein angegebenen Drogenliste zu erhalten. Da nur eine beschränkte Menge Gummilängern zur Verfügung steht, wollen die besagten Räter, welche auf Grund ihrer Vermögensverhältnisse in der Lage sind, Gummilängern zu erwerben, den in der beigefügten Liste aufgeführten Rättern den Vorrat lassen.

Erbschaftsteuerbescheid vom 10. September 1919. Verlaufsliste mit ausführlichem Sachregister (Sachverhalte Sammlung deutscher Reichsgerichte). Bereinigung wissenschaftlicher Berater Walter de Gruyter & Co., Berlin W 10. Taschenformat 56 Seiten, Preis 1,60 M.

Der wahre Jacob II. erschienen.

Wilmersdorf. Die „Vorwärts“-Expedition befindet sich jetzt Gasteiner Str. 12, Laden. Bücher und Proschüren können von dort entnommen werden.

Reinickendorf. Die Volkshochschule eröffnet ihren Winterkursplan mit einem Lichtbildvortrag des Privatdozenten Dr. Rohn-Biener: „Zum 200. Todestage Humboldts“. Der Vortrag findet morgen 7 Uhr im Realschulhaus, Bernerstraße, statt. Eintritt 1 M.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

7. Abt. Die Sitzung der Bezirksleiter findet nicht heute, sondern morgen, Sonnabend, 1/8 Uhr, bei Reinickendorf, Bernerstr. 157, statt.

18. Abt., 318. u. 323. Regt., Juliabend. Aussprache, 8 Uhr, bei Gese, Bernerstraße 63.

44. und 45. Abt. Sonntag, den 5. Oktober, abends 7 Uhr, Wilhelm-Str. 10, 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u.

Auf nach Russland!

Dieser Ruf wird diesmal nicht von den Leuten des Generals v. d. Golz erhoben, sondern im Gegenteil... von den linksradikalen Arbeiterräten Groß-Berlins. Sie haben einstimmig eine kommunistische Resolution angenommen, die die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen (Geld- und Warenaustausch) mit Sowjetrußland verlangt, damit die bolschewistische „Forderung“ nach 800 000 deutschen Arbeitslosen berücksichtigt werde. Ein U. S. P.-Mann war in der Debatte so kritisch, sachlich, kurz so unrevolutionär, bestimmte Vorschläge für die Durchführung und eine sorgfältige Auswahl der Arbeiter und der Arbeitsplätze zu fordern. Aber der Antragsteller erklärte, die Resolution zeige klar den Weg; der Vollzugsrat solle Aktionen einleiten, zu deutsch Klamauf machen, um die Regierung zur Wiederaufnahme der Beziehungen zu zwingen — die Russen verließen sich auf die Aktionen des deutschen und polnischen Proletariats. Worauf die Versammlung sofort parierte und resolvierte.

Unseren Arbeitslosen wäre das Leben in dem einst so billigen, fruchtbaren und auf deutsche Arbeit angewiesenen Rußland gewiß zu gönnen, ebenso wie diesem Lande ihre Arbeit und beiden Ländern der Austausch der deutschen Industrie gegen die russischen Bodenprodukte nötig ist. Aber heute ist ja die russische Industrie lahmgelegt, die Städte sind entvölkert und, wie Dr. Hilferding auf der Berliner U. S. P.-Generalversammlung sagte, der Industriearbeiter ist zur Landflucht ungeeignet. Wenn Sowjetrußland deutsche Arbeitslose verlangt — wovon übrigens bisher nichts bekannt war — so eben zur Verstärkung der roten Armee! Das ist der „klare Weg“ und auf ihm können ja unsere Linksrabikalen ihren tödlichen Haß gegen die deutschen Grenzschutztruppen wirklich in die Tat umsetzen — als prinzipielle Kriegsgegner mit Bomben und Granaten.

Die Regierungsbildung in Sachsen.

Nachdem die Verhandlungen des Reichskabinetts über den Eintritt der Demokraten in die Regierung zum Abschluß gebracht sind, wird nunmehr das Ergebnis der Beratungen zwischen Vertretern der sozialdemokratischen und der demokratischen Volkskammerfraktion in Sachsen über den Eintritt von Mitgliedern der demokratischen Partei in die sächsische Regierung mitgeteilt. Die Richtlinien der bisherigen Regierung, wie sie vom Genossen Dr. Gradnauer in der Volkskammer dargelegt wurden, bleiben voll in Geltung und sind auch von den Demokraten im wesentlichen anerkannt worden.

Die demokratische Fraktion übernimmt das Kultusministerium und das Finanzministerium. Den Vorschlägen der demokratischen Fraktion entsprechend, wird der Ministerpräsident den Abgeordneten Ritsche in das Finanzministerium und das Mitglied der Nationalversammlung Schulrat Seyffer in das Ministerium für Kultus und Unterricht berufen.

Es ist vorauszusetzen, daß nunmehr von unabhängigen-kommunistischer Seite lebhaftes Geschrei über die „Verbürgerlichung“ der Sächsischen Regierung erhoben wird. Diesen Versuchen gegenüber, die lediglich agitatorischen Zwecken dienen sollen, muß von vornherein mit aller Entschiedenheit auf die Tatsache hingewiesen werden, daß die Aufforderung an die Demokraten erst erging, nachdem die Unabhängigen den Eintritt in die Regierung durch die Stellung von bewußt unannehmbaren Bedingungen unmöglich gemacht hatten. Die Sozialdemokraten haben sich, wie auch der letzte sächsische Parteitag bewies, die denkbar größte Mühe gegeben, die Unabhängigen zur Regierungsbildung heranzuziehen und dadurch dem Lande ein reines Arbeiterministerium zu geben. Aber die Unabhängigen scheuen jede Verantwortung und jede positive Arbeit. Sie wollen in der harten Opposition bleiben.

Durch die Beteiligung der Demokraten an der Regierung erhält auch in Sachsen das parlamentarische System einen festeren Aufbau und den Regierungshandlungen wird durch die Heranziehung weiterer Volkskreise zu praktischer Mitarbeit eine breitere Basis gegeben.

Das sozialdemokratisch-demokratische Ministerium verfiel in der Kammer über eine Mehrheit, während die reine sozialdemokratische Regierung gleichsam von der parlamentarischen Gnade leben mußte.

Die Untersuchung der Schuldfrage.

Zusammensetzung der Ausschüsse.

Der Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung über die Kriegsschuldfrage einigte sich am Donnerstag über die Besetzung der vier Unterausschüsse. Der erste (Vorgeschichte des Krieges) besteht aus drei Mehrheitssozialisten, einem Demokraten, einem Zentrumsmittglied, zwei Mitgliedern der Rechtsparteien und einem Unabhängigen. Der zweite (Friedensmöglichkeiten) besteht aus zwei Mehrheitssozialisten, zwei Demokraten, einem Zentrumsmittglied und einem Mitglied der Rechten. Dem dritten (Militärische Maßnahmen) gehören an zwei Mehrheitssozialisten, ein Demokrat, ein Zentrumsmittglied, ein Unabhängiger. Der vierte (Wirtschaftliche Maßnahmen) besteht aus drei Mehrheitssozialisten, zwei Zentrumsmittgliedern und einem Mitglied der Rechten.

Zur Bildung eines Bureau und zur Honorierung von Hilfsarbeitern und Sachverständigen sollen zunächst 100 000 M. angefordert werden. Auch die Frage des Verhältnisses zwischen Zivil- und Militärgewalt soll geprüft werden, ebenso die Frage der Schuld am Zusammenbruch. Über die Öffentlichkeit der Sitzungen wird endgültig erst entschieden werden, nachdem der Ausschuß einen Bericht über das Untersuchungsverfahren in anderen Ländern gehört hat. Beschlossen wurde die Herausgabe eines amtlichen Verhandlungsberichts.

Der Kampf gegen die Schieber.

Von einer von 500 Personen, Post-, Eisenbahnbeamten und Arbeitern besuchten Versammlung in Heidelberg wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die täglich zu belästigenden Sendungen und Telegramme in Schleichhändler- und Schieberangelegenheiten haben einen derartigen Umfang angenommen, daß der ganze übrige Verkehr gehemmt, ja zeitweise unterbrochen wird. Die im Kriege und in der Revolution bewährten Beamten- und Arbeiterkassen sieht sich jetzt veranlaßt, dem Staate als beste Stütze zu dienen, indem sie sich geschlossen verpflichtet, zum Segen des Staates und zur Einbindung der Volkswirtschaft keine Schiebersendungen mehr zu bearbeiten. Es muß folglich von der Regierung gefordert werden, daß sofort die Zensur über die im Verdacht des Schieber- und Schleichhandels stehenden Postsendungen, sowie über die Telegramme und Gespräche eingeführt wird.“

Unruhen im Braunschweiger Kreisgefängnis.

Am Mittwoch ist es im Braunschweiger Kreisgefängnis zu Unruhen unter den Gefangenen gekommen. Eine mit Holzspalten beschaltete Gruppe von 15 Mann drang mit Keulen bewaffnet nach dem Hauptausgang des Gefängnisses vor. Die zu Hilfe gerufene Reichswehr schritt gegen die Meute ein, von denen zehn entkommen sind. Die eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß die Meute von langer Hand vorbereitet war.

Zwei der entflohenen Meuteer konnten inzwischen wieder eingefangen werden.

Neues zu Oesterreichs Schuld.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ veröffentlicht einige Berichte des Wiener Feldzeugmeisters Potiorek, der im Juni und Juli Landeshaupt von Bosnien und der Herzegovina mit militärischer und ziviler Gewalt war. Die Mitteilungen ergeben mit zwingender Schärfe den Beweis für die Kriegsschuld der österreichischen Machthaber, hierbei ist es eigentümlich, daß jetzt bei der Veröffentlichung der Dokumente die Namen derjenigen Personen als am meisten belastet erscheinen, die im Kriege verhältnismäßig wenig genannt wurden.

Potiorek berichtete am 29. Juni 1914 nach Wien, er sei der Überzeugung, daß nur durch ein energisches Vorgehen auf dem Gebiete der äußeren Politik in Bosnien und Herzegovina ruhige und normale Verhältnisse geschaffen werden könnten.

Am 1. Juli meldete er nach Wien, die Schreckenstat vom 28. Juni habe ihn befehrt, daß die Lage ernst geworden sei, als er geklagt habe. Es dürfe nicht weiter geduldet werden, gegen den äußeren und den inneren Feind rücksichtslos vorzugehen.

Am 3. Juli verlangte Potiorek eine sofortige Machtübertragung der Monarchie gegenüber dem Königreich Serbien und die sofortige Befreiung der Immunität der Abgeordneten.

Am 6. Juli hat er, im gemeinsamen Ministerrat für sofortigen Kriegsbeginn einzutreten.

Potiorek spielte also ungefähr in den kritischen Vorkriegstagen die Rolle, welche die Generale bei uns in Deutschland gespielt haben. Während aber diese in Deutschland wenigstens einem schwachen Widerstand in der Diplomatie begegneten, traf Potiorek in Wien auf einen ebenso entschlossenen Kriegswillen des führenden Diplomaten, des Grafen Czernin. Die Ereignisse treten mit der Zeit immer klarer hervor, und es wird offensichtlich, daß die Kriegsschuld der deutschen Regierung vorwiegend in ihrer Nachlässigkeit und Unkenntnis der Vorgänge lag, während die österreichische Regierung die eigentliche aggressive Tendenz vertrat.

Dänischer Parteitag.

(Drahtbericht unseres Kopenhagener Korrespondenten.) Heute vormittag wurde hier der 18. Kongreß der dänischen Sozialdemokraten eröffnet. Es waren 500 Teilnehmer erschienen, 300 Delegierte und als Gäste u. a. Gustaf Müller aus Schweden, Otto Weis und Adolf Ritter aus Deutschland. Von der englischen Arbeiterpartei war ein Begrüßungstelegramm eingetroffen.

In seiner Einleitungsrede wies Sigvald Olsen auf das glückliche Schicksal Dänemarks hin, das dem Kriege und seinen Schrecken entkommen sei. Er gab einen Überblick über das Wachstum der sozialdemokratischen Partei Dänemarks, die seit 1915 50 000 neue Mitglieder zählt. Besonders herzlich hieß Olsen die deutschen Parteimitglieder willkommen. Er äußerte den Wunsch auf gute Zusammenarbeit sowie danach, daß die deutsche Bruderpartei die Kraft finden werde, das Gute, das durch die Revolution erreicht sei, festzuhalten und das deutsche Volk vom Joch des Kapitalismus und Imperialismus freizumachen. Weis dankte in einer kurzen, kräftigen Rede für die Einladung und äußerte seine Freude darüber, daß das Band zwischen der dänischen und deutschen Sozialdemokratie von Dauer gewesen sei. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch die deutschen Sozialisten zur Einigkeit gelangen würden.

d'Annunzios Abenteuer.

Gabriele d'Annunzio, der italienische Kriegsheld seit dem Tripolizug, ist in der Welt viel belacht worden. Damit kommt man heute nicht mehr aus. Sein Zug nach Fiume und der bisherige Verlauf dieses Abenteuers sprechen dafür, daß er als politischer Faktor betrachtet werden muß. d'Annunzio ist stärker als die italienische Regierung und selbst der Emence gegenüber eine Macht. Er ist heute der unbestrittene Herr von Fiume und für die sehr altlichen italienischen Nationalisten ein Programm. Der Jubel zu seiner Schär ist den Zeitungsnachrichten zufolge noch immer reg.

Die Entente scheint sich in die Fiumestrage nicht offiziell einzumischen zu wollen aber zu können. Sie läßt die Dinge treiben. Nun hat d'Annunzio — ermutigt durch diese Passivität — sein Unternehmen ins Hinterland von Fiume ausgedehnt und, wie es scheint, sogar den Jugoslawen, die ihm den Besitz von Fiume streitig machen wollen, den Krieg erklärt.

Sowjetrußlands angebliche Friedensversuche.

Ein Friedensgesuch der Sowjetregierung soll, nach einer Budapest Meldung, von dem dortigen rumänischen Oberbefehlshaber bekanntgemacht worden sein. Russische Vertreter sollen an der finnischen Grenze eingetroffen sein, unterwegs nach Stockholm zu den Ententegesandten. Die „Times“ schwächen die erste Sensationsmeldung der Agentur Radio schon ab; das russische Friedensangebot an Amerika sei zwar nicht offiziell von der Sowjetregierung, aber in deren Auftrag von mehreren ihrer Vertreter ausgegangen. Bis jetzt erachte man die unverbindliche russische Mitteilung als nicht genügend, um daraufhin Entschlüsse zu fassen. Walfour erklärte, daß ihm von einem russischen Friedensangebot noch keine offizielle Mitteilung aus Washington vorliege. Er wisse nur absolut zuverlässig, daß die Räteregierung in Moskau unmittelbar vor dem Zusammenbruch stehe.

„Times“ melden aus Omsk, daß Denikin große Fortschritte in der Richtung nach Moskau macht.

Bismarcks Erinnerungen. Der dritte Band von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ wird noch vor Weihnachten erscheinen. Der von dem Verlage noch zu vergütende Teil des Autorenhonors wird noch Bestimmungen des jetzigen Fürsten Bismarck lediglich wohltätigen Zwecken zugeführt werden.

Die Ratifikation durch Italien.

Ein königliches Dekret in Erwartung.

Bern, 2. Oktober. Der italienische Justizminister Morata hat mit einigen Ministern anderer Ressorts eine Formel aufgestellt, die ermöglicht wird, daß der Friedensvertrag durch königliches Dekret unter Vorbehalt der späteren Zustimmung des neuen Kabinetts ratifiziert wird, sobald entweder das französische Kabinett oder der amerikanische Kongreß die Ratifikation vollzogen hat.

Stadtverordnetenversammlung.

Der Kampf gegen die Zwangswirtschaft.

Vor den Treppenaufgängen im Rathaus hat sich bereits seit 8 Uhr ein so starker Zustrom, angeblich auch von Arbeitslosen, eingefunden, daß die Hausverwaltung Veranlassung genommen hat, die Zuhörtribüne zu sperren. Erst nach längeren Verhandlungen wird die Tribüne geöffnet und ist sofort bis auf den letzten Platz dicht gedrängt gefüllt.

Um 10 Uhr eröffnet Dr. Wehl die Sitzung. Das neue Mitglied Fräulein Pirchfeld (Soz.) wird eingeführt, das Andenken des verstorbenen Hackbart gelehrt.

Da sich die Eröffnung des städtischen Wohlfahrtsamts bis zum 1. Oktober 1919 nicht ermöglichen läßt, sollen die städtischen Frauenwohlfahrtsstellen bis Ende März 1920 weitergeführt werden. Von Frau Dr. Wehl (U. Soz.) und Frau Hoppe (Soz.) wird die Saumlässigkeit des Magistrats bemängelt, der die Einrichtung des Amts bis zur Schaffung eines Groß-Berlin hinausschieben will. Frau Dr. Wehl will die Wohlfahrtsstellen einem Kuratorium unterstellen. Frau Friedenthal (Dem.) schließt sich letzterem Vorschlag an, ebenso Frau (Wg. Soz.) und Dr. Kammerich (Zentr.). Stadtrat Doffein sucht den erhobenen Vorwurf zu entkräften. Die Vorlage wird mit dem Antrag der Frau Dr. Wehl einstimmig angenommen.

Die Versammlung geht darauf die Besprechung des Antrags der Bürgerlichen Vereinigung über, das von den Großhändlern nicht abgenommene Gemüse und Obst fort. Pattloch (Soz.) spricht sich für den Antrag aus, der dieses Gemüse zu billigen Preisen der Allgemeinheit in den Markthallen zugänglich machen will, und gegen die von Wehler gegebene Begründung, die auf eine Empfehlung des freien Handels und die Befreiung der Zwangswirtschaft hinausläuft. Wehner bedauert, daß, wie heute der „Vorwärts“ zu lesen sei, ein Herr Bergenthal an der Lieferung des babilischen Obstes, das er fast monopolistisch in der Hand habe, auf Kosten der Berliner Konsumenten an Rentner 50 M. verdienen darf. Wehner erklärt der Redner sich für den Antrag Cassel, der das betr. Gemüse den Kleinhändlern zu Preisen übergeben will, die durch eine aus Kleinhändlern und Magistratsvertretern bestehende Kommission festzusetzen sind, und auch für die Ergänzung dieser Kommission durch Vertreter der Verbraucher. In der weiteren Erörterung kündigt der Sprecher der Demokraten Wehl die Zustimmung zu beiden Anträgen an. Kass vermahnt sich und seine Freunde gegen die Unterstellung, daß sie den sofortigen Abbruch der Zwangswirtschaft fordern, so wachsam seien sie nicht. Für den Abbruch habe sich u. a. auch der sozialdemokratische Landwirtschaftsminister Braun ausgesprochen. Wegen der Zwangswirtschaft habe auch, allerdings 1916, vor der Revolution, in einer Eingabe an das Herrenhaus der Oberbürgermeister Wermuth scharf Stellung genommen. Die Zwangswirtschaft habe die Milchversorgung Berlins nachgerade völlig in Frage gestellt. Mit Recht habe der Landbund gegen die Behauptung protestiert, daß eine Milchsperrung über Berlin beabsichtigt sei. — Beim Eisenbahnerstreik habe der Oberbürgermeister geschwiegen, ebenso beim Verkehrs- und beim Lichtstreik. (Anbauende Jurufe: Gemüsel, Losender Värm.)

Oberbürgermeister Wermuth: Den Vorwurf des Gefinnungswechsels muß ich abermals zurückweisen. Ich habe hier als redlicher Arbeiter in meinem Amte stets dieselben Grundbegriffe vertreten, ich erinnere nur an die Einführung des russischen Fleisches 1912. Im Kriege habe ich für die Zwangswirtschaft von Brot, Kartoffeln, Fleisch usw. mit allen Kräften gewirkt. Meine Unterthrift unter einer Eingabe des Städtetages von 1916 kann dagegen gar nicht in Betracht kommen. Hinterrücks und heimlich die Kommunalisierung einzuführen, haben wir natürlich nicht nötig. Herrn Götzein darf ich auf seinen Angriff gegen mich in der Nationalversammlung erwidern, daß ich im Metallarbeiterstreik zu vermitteln bemüht war, um ihn nicht auf die Berliner Volksernährung übergreifen zu lassen. Die Bürgerliche Vereinigung hat den Leidensweg der städtischen Verwaltung in der Ernährungsfrage nicht mitgemacht. (Stürmischer Widerspruch und Beifall, auch auf der Tribüne; im Saale rufen sich die Gegner gegenseitig „Unverschämtheit!“ zu. Der Vorkeser ersucht, diese gegenseitigen Liebenswürdigkeiten zu unterlassen. Stürmische Heiterkeit. Ein Ruf auf der Rechten: Die Tribüne ist gut instruiert! ruft bei der Mehrheit einen neuerlichen Ausbruch der Entrüstung hervor.) Der aus des Rot der Bevölkerung hervorgegangene

Schrei der Verdrängnis

wird von 4 Millionen erhoben und muß Gehör finden, da er geschlossen erhoben wird; es muß unheilvolle Wirkung haben, wenn dieser Schrei in der Vertretung der Bürgerschaft geduldet erld. In einer neuen Zuschrift hat der Brandenburgische Landbund übrigens eine viel weniger herausfordernde Sprache geführt, und die Bahn zu weiteren Verhandlungen scheint wieder eröffnet. Immerhin bleibt die Besorgnis, daß es uns mit der Milch ebenso gehen kann wie mit dem langsamen Verschwinden der Viehzucht nach Berlin, während der Viehbestand sich nicht unbeträchtlich vermehrt hat. Wir wollen keine Diät!

Wir wollen Nahrungsmittelzufuhr!

Die Agitation gegen Berlin ist vom Verein der Milchpächter ausgegangen, während der Verein der Milchkleinhändler aus unserer Seite steht und der weiteren Zwangsbewirtschaftung das Wort redet. (Lebhafte Beifall.)

Bürgermeister Dr. Reike gibt zu dem Vortrage Wermuths noch einige Ergänzungen betreffs der Kartoffelwirtschaft. Dintze (U. Soz.): Die große Gefahr für die Bevölkerung liegt in der Verdrängung durch die Agrarier, in den unerschwinglichen, unerhörten Wucherpreisen, die die Folge des freien Handels sein müssen.

An der weiteren Erörterung beteiligen sich noch Bieten, (Zentr.), Stadtrat Kunge, und die Stadtr. Dove (Dem.) und Pattloch (Soz.), der den „Vorwärts“ gegen die irreführende Wehner in Schutz nimmt, die doch bei seiner Bitterung befolge. — Um 8 Uhr erhält Stadtr. Wehler (Wg. Soz.) das Schlusswort. Er bekommt es fertig, dem Herrn Bergenthal für die Verschaffung babilischen Obstes nach Berlin ein Verdienst zuzuschreiben, wenn er ihm auch den hohen Verdienst von 50 M. an Rentner nicht ganz gönnt. Dann aber leistet er sich aus Laine Pitate von einer Länge und Breite, die in immer steigendem Maße die lärmende Opposition aus der Mehrheit und tobende Ausbrüche der Tribüne hervorruft. Der Antrag Kass wird in Verbindung mit den Anträgen Cassel und Wehl einstimmig angenommen.

Die vom Magistrat beantragte Erhöhung von Beisitzen an einige Vereine geht an einen Ausschuß. Schluß 10 1/2 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

An die Arbeiterschaft Groß-Berlins!

Über 100 000 Arbeiter der Metallindustrie stehen im schwersten wirtschaftlichen Kampf um die Sicherung ihrer Existenz. Gelingt es den Unternehmern, ihre Ziele durchzusetzen, so hat die gesamte Arbeiterschaft die Folgen zu tragen. Wehren die Metallarbeiter das Vorgehen der Unternehmer ab, so ist das ein Erfolg der gesamten Arbeiterschaft.

Das Unternehmertum arbeitet geizig. In vollster Solidarität müssen die Arbeiter zusammenstehen, um geizig den Abbau der Löhne abzuwehren.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission hat beschlossen, zunächst die im Streit befindlichen Metallarbeiter durch Sammlungen zu unterstützen.

Zu diesem Zweck werden außer den Sammlungen der Über-Kommission Marken im Betrage von 1 M. von uns herausgegeben. Die Abrechnung hat mit der Gewerkschaftskommission zu erfolgen. Gelder sind an A. Köpfer, Berlin S.O. 16, Engelauer 15, zu senden.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission
Berlins und Umgegend.

Wir machen erneut darauf aufmerksam, daß das Metallkartell und die Über-Kommission beschlossen haben, Sammelmarken von 5 und 10 M. an die Mitglieder der streikenden Verbände abzugeben. Sammelmarken werden ausgegeben von den Ortsverwaltungen der dem Metallkartell angeschlossenen Organisationen sowie beim Deutschen Metallarbeiterverband, Linienstr. 83/85, in der Hauptkassa.

Arbeiter und Arbeiterinnen, tut Eure Pflicht!
Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission
Berlins und Umgegend.

Der Metallarbeiterstreik.

Die Streikleitung des Metallarbeiterverbandes ersucht uns um Veröffentlichung folgender Zeilen:

Durch Säulenanschlag verjagen die Berliner Metallindustriellen die Arbeiterschaft Berlins irreführen. Der Säulenanschlag besagt 1. Bestehende höhere Löhne und Akkorde werden nicht verschlechtert. Wir erklären dazu: Die Zeitschiedssprüche legen die Verdienste der Arbeiter herab. Beispiel: Metallformier: jetziger Verdienst 3,50 bis 4 M. pro Stunde; nach dem Zeitschiedsspruch Nr. 5 2,40 bis 3,20 M. Zu 2. sagt der Säulenanschlag: Ein Abbau der Spitzenlöhne findet nicht statt. Wir stellen fest: Mitgliedsfirmen des Verbandes der Industriellen nehmen den Abbau jetzt schon vor. Zu 3. und 4. behauptet der Säulenanschlag: Die bestehende Lohnhöhe kann nicht durch Wechsel der Belegschaft oder Neueinstellung herabgesetzt werden. — Wo z. B. höhere Löhne als die des Schiedsspruches gezahlt werden, erhalten neu eingestellte Akkordearbeiter die gleichen höheren Akkordsätze und neu eingestellte Lohnarbeiter nach 6 Tagen für gleiche Leistungen die gleichen Löhne, die den bisher im Betrieb Beschäftigten gezahlt werden, auch wenn sie höher sind als die Höhe des Schiedsspruches. Wir bemerken dazu, daß täglich in unserer Werkverbestelle Klagen einlaufen, daß Firmen durch Entlassung von Arbeitern und Neueinstellung anderer Arbeiter die Löhne herabdrücken. — Der Säulenanschlag vernachlässigt ferner: Die bereits gefällten Zeitschiedssprüche sehen wesentliche Verbesserungen im Vergleich zu früheren Tarifen vor. Das trifft zu. Die Zeitschiedssprüche entsprechen jedoch nicht einmal der jetzigen Entlohnung, sondern verschlechtern dieselbe.

Wenn der Säulenanschlag weiter behauptet, wir wären der Meinung, man wolle die Gesamtbelegschaft entlassen und zu geringeren Löhnen wieder einstellen, so können wir dazu sagen: für so blödsinnig dumme halten wir die Metallindustriellen nicht. Unsere gewerkschaftliche Erfahrung sagt uns, daß die Unternehmer, um zum Abbau der Löhne zu kommen, allerdings nicht so plumpe, den Arbeitern in die Augen springende Mittel anwenden. Wir kennen die Hartnäckigkeit der Metallindustriellen, wenn es gilt, durch Verschlechterung der Entlohnung die Profite zu retten.

Zum Streik in der Metallindustrie schreibt uns der Reichsbund der Kriegsschädigten: Laut Verordnung vom 9. Januar 1919 und der Nachtragsverordnung vom 8. September 1919 dürfen Kriegsschädigte mit einer Erwerbsbeschränkung von 50 Proz. und darüber vom Arbeitgeber nicht gekündigt oder entlassen werden ohne Zustimmung der Hauptfürsorgestelle. Dieser gesetzlichen Bestimmung trug die Streikleitung Rechnung, indem sie anordnete, daß obige Kriegsschädigte nicht am Streik teilzunehmen brauchen. Die Unternehmer dagegen sperrten auch diese Kameraden trotz der gesetzlichen Bestimmungen aus und weigerten sich, ihnen Lohn oder Gehalt zu zahlen. Wir machen die ausgesperrten Kollegen und Kameraden darauf aufmerksam, in allen Fällen Lohn oder Gehalt für die ausgesperrte Zeit zu fordern. Wird das verweigert, so ersuchen wir die Kameraden, nach dem Gaukartell des Reichsbundes zu kommen, damit wir im Einvernehmen mit der Streikleitung ihre Rechte als Kriegsschädigte wahrnehmen können.

Kein politischer Streik!

Die Streikleitung des Metallarbeiterverbandes versichert, sie denke nicht daran, den Metallarbeiterstreik zu einem politischen Streik zu machen. Sicher ist aber auch, daß die Kommunisten und der mit ihnen sympathisierende Teil der Unabhängigen an diesen Streik die Hoffnung von dem Wiederaufleben politisch-revolutionärer Kämpfe knüpfen. Unter den

Besuchern der am Donnerstag einberufenen gewesenen Versammlungen waren die kommunistischen Agitatoren eifrig am Werk, um für ihre Pläne Propaganda zu machen. Bestimmte Anzeichen sprechen dafür, daß die Linksradikalen nach allen Versammlungen Redner ihrer Richtung dirigiert hatten. Im Gewerkschaftshaus gelang es ihnen, zum Wort zu kommen.

Nachdem hier die Versammlung aufgelöst war, die Besucher sich zerstreut hatten und schließlich auch die Truppen abgezogen waren, fand sich ein kleiner Teil der Versammlungsbesucher — etwa 200 bis 300 — wieder im Saale ein, und dann wurde unter kommunistischer Leitung eine regelrechte Versammlung abgehalten. Ein Referent war da, der in einer langen, phrasengeschwollenen Rede die Weltkommune feierte und den Zuhörern goldene Worte zeigte, allerdings in sehr weiter Ferne. In Sowjetrußland sollten sie zu finden sein, wenn wir uns mit den Trägern der Sowjetregierung verbünden, was aber von der deutschen Regierung — im Interesse des Kapitalismus natürlich — verhindert werde. — Der Redner fand starken Beifall. Kein Wunder. Worum sollen nicht ungenügend aufgestellte Leute, denen es trotz erhöhter Löhne immer noch an vielem Mägen fehlt, auf solche Phantasiereien hinhinfallen.

Der zweite Redner schlug ebenfalls kommunistische Töne an. Er sagte, man habe erwartet, daß dieser Streik der Ausgangspunkt einer neuen revolutionären Welle sein werde. Aber eine verfehlte Gewerkschaftspolitik wolle nichts davon wissen. In diesem Zusammenhang verfiel der Redner dem „Gewerkschaftsbögen Rusch“ — so nannte er ihn — noch einen besonderen Hieb als dem Verantwortlichen für die dem kommunistischen Ideal nicht entsprechende Streikleitung.

Hierauf sprach ein Redner, der sich als Mitglied der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes vorstellte. Er sagte, die Fünfgehrerkommission habe einen Generalkstreik ins Werk setzen wollen, aber diese Absicht sei daran gescheitert, daß ein großer Teil der Kollegen nicht aus den Betrieben herauszukriegen sei. Die Fünfgehrerkommission werde wohl Gebrauch machen müssen von dem Angebot der Elektrizitätsarbeiter, sich dem Streik anzuschließen und dadurch die gesamte Berliner Industrie lahmzulegen.

Wie man sieht, sind die Kommunisten äußerst rührig, um den Metallarbeiterstreik für ihre Parteizwecke auszunutzen.

Einigung im Berliner Holzgewerbe.

Nach zweitägigen Verhandlungen kam im Berliner Holzgewerbe über die Ferienfrage eine Vereinbarung zustande. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die am 1. Juli 1919 in einem Betriebe beschäftigt sind, erhalten in diesen Betrieben drei Tage Ferien, für die der vereinbarte Lohn für 23 Stunden zu zahlen ist. Die Ferien werden gewährt vom Donnerstag bis Sonnabend. Diese Vereinbarung gilt nur für dieses Jahr. Außerdem wurden die am 25. August zentral vereinbarten Mindest- und Durchschnittslöhne anerkannt und festgelegt, daß dort, wo bereits höhere Löhne gezahlt werden, diese bestehen bleiben. Beide vertragsschließende Parteien dürfen vor dem 15. Februar 1920 keine Änderungen an den Löhnen vornehmen.

Für Montagearbeiten wird vom 1. Oktober 1919 ab innerhalb des Vorortverkehrs ein Zuschlag von 30 Pf. pro Stunde bezahlt; über den Vorortverkehr hinaus mit Liebernachten werden pro Tag 10 M. Zuschlag gezahlt, einschließlich des Sonntags.

Die Arbeitszeit bleibt so bestehen, wie sie am 25. August ebenfalls zentral vereinbart wurde, und zwar Sonnabends 6 Stunden, an den andern Werktagen 8 Stunden, also die Woche 46 Stunden.

Diese getroffenen Abmachungen gelten als Zusatzvereinbarungen zu dem Arbeitsvertrage für die Berliner Holzindustrie vom 16. Februar 1918, der noch bis 15. Februar Geltung hat.

Wenn auch das Ergebnis der Verhandlungen nicht vollauf befriedigt, so kann doch gesagt werden, daß durch die Festlegung einer dreimonatlichen Beschäftigungszeit (anstatt wie es zentral vereinbart war, nach sechsmonatlicher Beschäftigung) die große Masse der Berliner Holzarbeiter in den Genuß von Ferien kommt. Diejenigen, die sonst nach den zentralen Vereinbarungen bis zu sechs Tagen Ferien Anspruch hätten, müßten eben unter diesen Umständen, um zu einer Einigung zu kommen, zugunsten der andern auf ihre Vorteile verzichten.

Bzüglich der Löhne sind ausreichende Garantien gegeben, daß die zurzeit bestehenden Löhne, die weit über die vereinbarten Sätze hinausgehen, bestehen bleiben.

Tariffbewegung der Redaktoren.

In einer Sitzung des Vorstandes des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg im Reichsverband der Deutschen Presse am Mittwochabend lag der von einer gewählten Kommission ausgearbeitete Entwurf eines Tarifvertrages für Redakteure und Mitarbeiter innerhalb des Bezirkes Groß-Berlin vor. Der Vorstand beauftragte die Kommission, nach der Vornahme einiger redaktioneller Abänderungen unverzüglich in Verhandlungen über diesen Tarif mit dem Verein Großberliner Zeitungverleger und dem Verein Deutscher Zeitungverleger, Druckgruppe Berlin, einzutreten. Der Entwurf des Tarifvertrages wird dem Verlegerverein im Laufe dieser Woche eingereicht werden.

Ergebnislose Verhandlungen über den Tarif der Gemeindegewerkschaften.

Im Berliner Rathaus begannen am Mittwoch die Verhandlungen der Gemeindegewerkschaften mit der Vertretung der Gemeindegewerkschaften. Es handelt sich um die Erneuerung des Lohn-

tarifs. Der Gemeindegewerkschaftenverband forderte Stundenlöhne von 2,50 M. für ungelernete, 2,90 M. für angelernte Arbeiter, 3 M. für Handwerker und einen um 10 Pf. höheren Lohn für Vorarbeiter, für jugendliche Arbeiter 1,50—2 M. für Arbeiterinnen, soweit sie nicht die gleiche Arbeit wie Männer verrichten, wird ein um 80 Pf. geringerer und für jugendliche Arbeiterinnen ein um 25 Pf. geringerer Lohn gefordert. — Die von den Verbänden der Transportarbeiter, Metallarbeiter, Maschinen- und Feinzer, Eisenbahner, Fleischer, Gärtner, Wäbber und Hausangestellten eingereichten Anträge fordern durchschnittlich 50 Pf. mehr als die vorstehend angeführten Sätze.

Die vom Stadtrat Sedt und dem Stadtvorordneten August Hinkel vertretenen Gegenvorschläge der Gemeindegewerkschaften sehen eine Lohnskala vor mit Anfangs- und Höchstlöhnen für alle Arbeiterkategorien. Die Anfangslöhne sollen betragen für ungelernete Arbeiter 2,30 M., für angelernte Arbeiter 2,40 M., für Handwerker 2,60 M., für jugendliche Arbeiter 1,20—1,50 M., für ungelernete Arbeiterinnen 1,40 M., für angelernte Arbeiterinnen 1,50 M., für jugendliche Arbeiterinnen 1—1,20 M. Vorarbeiter und Vorarbeiterinnen sollen 10 Pf. mehr erhalten als die anderen Erwachsenen. Die Anfangslöhne der Handwerker, Arbeiter und Arbeiterinnen sollen jährlich um 10 Pf. steigen und in drei Jahren die Höchstlöhne erreichen, die von den männlichen Arbeitern mit 2,80 resp. 2,70 M., von den Handwerkern mit 2,90 M. und von den Arbeiterinnen mit 1,70, 1,80, 1,90 M. erreicht wird. Nach diesem Vorschlage würden also die Höchstlöhne noch hinter den Anträgen des Gemeindegewerkschaftenverbandes zurückbleiben.

Da die Gemeinden jedes weitere Entgegenkommen ablehnten und auf Grund dessen auch die Vertreter der Arbeiter auf ihren Forderungen bestanden, wurden die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen. Die Arbeiter haben den Zentralausschuß angerufen. Die Situation ist äußerst ernst.

Zum angeblichen Landarbeiterstreik auf Rügen.

Ebenso wie einige Zeitungsnachrichten über Arbeitseinstellungen auf Gütern in Rügen und in der Mark sind auch die Nachrichten über die Arbeitseinstellungen auf Gütern der Insel Rügen übertrieben und den Tatsachen nicht entsprechend.

Wie die vom Landwirtschaftsministerium veranlaßten Feststellungen ergeben haben, hat der Gauleiter Gabel vom Deutschen Landarbeiterverband des Kreises Rügen eine Feuerungsvergütung für die in der Ernte beschäftigten Landarbeiter gefordert und für die Verantwortung dieser Forderung eine 8 bis 10tägige Frist gestellt. Obwohl der Landarbeitgeberverband dieser Forderung nicht nachgegeben hat, sind aus diesem Zwischenfall keine Weiterungen und Arbeitseinstellungen entstanden.

Die Frage der Feuerungsvergütung wird in einer besonderen Lohnkommission behandelt und außerdem auch noch vom Schlichtungsausschuß des Kreises geregelt werden.

Von der Desinfektorenbewegung. Dieser Tage fand eine Versammlung aller in Groß-Berlin tätigen Desinfektoren statt, die von 95 Proz. aller Berufsangehörigen besucht war. Nach einem Referat des Bundesvorsitzenden Schildt gelangte eine Entschließung einstimmig zur Annahme, in der es heißt: Die Verarmung der Desinfektoren von den städtischen Desinfektionsanstalten Berlin I, Berlin II, Charlottenburg, Lichtenberg, Neukölln, Schöneberg, Steglitz, und Wilmersdorf-Friedenau sowie der städtischen Krankenhäuser Groß-Berlins und des Kreises Teltow stehen geschlossen hinter der Forderung des dritten Deutschen Desinfektorentages, daß sämtliche geprüften Desinfektoren als Beamte anzustellen sind. Weiter erlenen die Versammelten die Berufsorganisation der deutschen Desinfektoren, den Deutschen Desinfektoren-Bund e. V., Sitz Berlin-Lichterfelde, als diejenige an, die ihre wirtschaftlichen und beruflichen Interessen zu vertreten hat. Die zurückgelegten Dienstjahre der jetzt bei den Behörden im Angestellten- oder Arbeiterverhältnis tätigen Desinfektoren sind bei der Besoldung, Beurteilung und Pensionierung voll anzurechnen.

H. G. G., Hennigsdorf. Streikende und Ausgesperrte! Heute, mittags 1 1/2 Uhr, bei Brose, Hennigsdorf: Versammlung und Vortragsabend der Arbeiter.

Lichtenberg. Anorr-Bremte. Lohnzahlungen finden Freitag, nachmittags 2—4 Uhr, Sportplatz, statt.

Jugendveranstaltungen.

- Jugendheim, Lindenstr. 3, abends 7 Uhr. Heimbesprechung.
- Hr. Gabel und Treptow-Baumhulenkweg. Heute abends 6 Uhr im Lokal von Hiesig, Wiener Str. 10, gemeinsame Hefersitzung. Wichtige Tagesordnung.
- Chen. Jugendheim, Ehrenbergstraße (220/255 G. St.) Mitglieder-versammlung.
- Wedding. Sacke, Lindower Str. 26, abends 7 Uhr. Sauter Abend.
- Neukölln. Schmidt, Bielefeldstr. 17. Sauter Abend. Beginn 5 Uhr.
- Neukölln. Jugendheim, Rogatzstraße 53 (Stadth. Nörgens), abends 7 Uhr.
- Hr. Treptow-Baumhulenkweg. Heute abends 8 Uhr im Jugendheim, Eichenstr. 3, wichtige Mitglieder-versammlung.
- Wedding. Jugendheim, Boelzelpromenade 1. Wichtige Mitglieder-versammlung abends 7 Uhr.

Sportnachrichten.

Altkämpfer Groß-Berlins. Am 4. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Zusammenkommen in der städtischen Turnhalle, Eichenstr. 20. Nach dem Turnen: Wichtige Sitzung: Arbeiter-Radsportverein „Groß-Berlin“. Sonntag früh 7 Uhr: Wittenmaße, Osthof „Zum Kronprinz“; nachm. 2 Uhr: Lichterfelde. Start: Mariannenplatz.

Der große Herbstpreis kommt am Sonntag in Treptow zum Austrag. Das Rennen betreiben: Bauer hinter Hoffmann, Appellans hinter Krüger, Kruppl hinter Rastmann und Wittig hinter Käfer. Die Zusammenführung dieser vier in Treptow beschriebenen Renntore in zwei Rennen über 25 und 75 Kilometer bildet eine besondere Attraktion. Das Rennenprogramm bringt neben dem Rindbinderrennen ein Rindbinder- und Guttschidigungs- sowie ein Landmähren. Besondere Landmähre wie: Schmal-Rubela, Ränger-Krämer, Müller-Hoffmann usw. werden am Start erscheinen.

Verantw. für den redaktion. Teil: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Giese, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Veal Sinner u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3. (Eigentum: J. Giese.)

Die **TECHNISCHE NOTHILFE** ist keine militärische, sondern eine **zivile Organisation!**

Möbel-Fabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71—73a
3 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee, empfiehlt gute preiswerte Möbel. Einrichtungen in jeder Preislage. Ganz besonders große Auswahl in Schlaf-, Speise-, Wohn-, Herrenzimmern jedem Geschmack entsprechend.
154 Musterräume, Lagerräum. 6994 Mt. gr.
Versand nach allen Plätzen Deutschlands. Besichtigung lohnend, ohne Kaufzwang.
Wochentags von 9—7 Uhr geöffnet.

Ziehung am 21. und 22. Oktober 1919
Lotterie des Wohlfahrts-Vereins Deutschwehr E. V.
100 000 Lose, 3667 Gewinne im Werte von
100 000 M
Hauptgewinn im Werte von
50 000 M
Lose zu 3 Mark Ueberall erhältlich.
Verband Preuß. Lotterie-Einnehmer
Berlin C 2, Burgstraße 27

Brillanten Juwelen
Berlen
Ballhausstr., Friedrichstr. 155, Ecke Unter d. Eichen gegenüber d. Victoria-Café, Zentrum 1060
Elektromotore
Gleichstrom :: Drehstrom
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 10
Tel. Lützow 3708 und 3511

Beachtenswerte Werke aus dem Gebiete der **Sexualforschung**
für Ärzte, Studenten und erwachsene Laien:
Die Frau als Kamerad. Gemüthliches zum Problem des Geschlechtslebens von Dr. Paul Reichle M. 4.40
Die sexuelle Intimität der Frau. Eine gynäkologische Studie von Universitäts-Prof. Dr. E. Heinz Rich. 1. Teil: Die Ehebrecherin M. 6.00
2. Teil: Das falsche Weib M. 5.95
Freundschaft und Sexualität von Dr. Pinget, Neuroarzt in Berlin M. 4.00
Sexuelle Deviationen von Dr. A. Laurent: 1. Teil: Wollust und Grausamkeit, Sadiasmus 2. Teil: Wollust und Ceiden, Majochismus M. 7.15
Alle fünf Werke zusammen M. 27.15
In obigen Preisen sind die Feuerungsaufschläge bereits eingeschlossen; keine Sonderberechnung außer den hinauskommenen Postkosten von M. 0.30 für jedes Werk. Bezug gegen Voreinsendung oder Nachnahme (bei Nachnahme M. 0.35 Sondergebühren) durch
Berliner Buchverlag Abt. V.
Berlin-Grünwald, Franzensbad Str. 3.
Landgerichtsrat a. D. Dr. jur. Wilhelm v. Kirchbach pers. z. sprechen Potsdamer Str. 111, (Lützowstr.) Langjahr. Erfahrung. Zuerstmal. Rechtsanwältin in Ehe-, Alimenten-, u. Vertrauenssach., Gesuchs-Verträge, Ermittelungen. — Beobachtungen. Tel. Lützow 249.